Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet durch Boten frei ins Haus gebracht [illegible] Monatspreis 27.00 Mk.

Anzeigengebühren: 60 Pfg. für die 8mal gespaltene Millimeterzeile, für die Empfehlungszeile 250 Pfg. Erfüllungsort Castrop. Der etwa gewährte Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Größere Anzeigen werden bis mittags, kleinere bis 4 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 40 180 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Pruys, Castrop.

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet durch Boten frei ins Haus gebracht 13,00 Mark (im voraus zahlbar) für den Monat. Postbezug 27.00 Mk. für das Vierteljahr, ohne Postbestellgeld. Falls wir in der Herausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. Schriftleitung: Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung werktags 6–7 Uhr nachmittags.

Castroper Anzeiger

Castroper Zeitung

48. Jahrgang

Rauxeler Neueste Nachrichten — Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop — Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 41 — Samstag, den 18. Februar — 1922

Die Justiz im besetzten Gebiete.

Von A. Korell, M. d. R.

Seitdem die Interalliierte Kommission verfügt hat, daß Personen, welche in freundlichen Beziehungen zu den Besatzungsmächten gestanden haben, aus der deutschen Gerichtsbarkeit herausgenommen werden können, wenn die Annahme besteht, daß ihre politische Stellung für das Urteil von Einfluß sein könne, hat natürlich jeder Hochverräter oder simple Lump die Möglichkeit, sich hinter die schützende Wand seiner freundlichen Gesinnung für das Ausland zu verkriechen. Ist es doch vorgekommen, daß ein wegen Paßvergehen angeklagter Bürgermeister — er hat inzwischen auf sein Amt verzichtet — dadurch ein gnädiges Urteil fand, daß er sich bescheinigen ließ, immer eine freundliche Gesinnung gegen Frankreich gehegt zu haben.

Aus solcher Politisierung der Justiz müssen böse moralische Folgen kommen. Denunziantentum, Heuchelei und offener Hochverrat gedeihen da, wo man weiß, daß nicht das Recht, sondern die politische Rücksicht das Urteil spricht. Wer korrekte Beziehungen zwischen den Besatzungsmächten und der Bevölkerung wünscht, muß diese Korruption lebhaft bedauern. Denn sie nützt niemandem, außer den überall verachteten Subjekten. Die Besatzungsbehörden müßten, wenn sie weniger Wert auf frühe politische, bald zerfließende Blasen, als auf die Gewinnung der Achtung der Führer und der Bevölkerung vor ihrer Verwaltung und Justiz legten, in ihrem eigenen Interesse Eingriffe in die Rechtsprechung ablehnen. Denn es nützt ihnen nichts, anständige Leute auszuweisen und den Ingrimm der Zurückbleibenden zu verstärken und dafür den Beifall der Herren Dorten und Smeets einzutauschen.

Indessen die „hohe" Politik geht Wege, die abseits solcher einfachen Wahrheiten liegen.

Im übrigen ist es von Interesse, sich einmal mit der Tätigkeit der Militärgerichte im besetzten Gebiete zu beschäftigen, um festzustellen, was diesen Institutionen vorgeworfen wird, das gegen elementarste Forderungen der Demokratie und modernen Rechtspflege in das Gesicht schlägt. Seitdem der Friede ratifiziert ist, dürfte es eine Erstreckung der Militärgerichtsbarkeit auf das gesamte Leben der Zivilbevölkerung nicht mehr geben. Die Behörden müßten das Recht haben, Vergehen gegen das besetzende Heer vor dessen Gericht zu bringen; sie könnten auch für gewisse Grenzfälle eigene Zivilgerichte einsetzen. Indessen neben der Durchlöcherung der deutschen Gerichtshoheit auch noch das politische und private Leben der deutschen Bevölkerung dauernd einer fremden Militärgerichtsbarkeit zu unterwerfen — das ist so beschämend für die Zivilisation, wie die Verwendung farbiger Truppen im Rheinland. Während es im unbesetzten Deutschland Militärstrafgerichtsbarkeit überhaupt nicht mehr gibt stellt man uns — und wenn es nach dem Willen Fochs und Poincares geht, dauernd — vor fremde Militärrichter, die nach fremden Rechtsanschauungen urteilen, und es ist nur ein treffendes Symbol dieser Schmach daß hinter dem deutschen Angeklagten farbige Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr stehen.

Es fällt mir bei der grundsätzlichen Verwerfung der fremden Militärjustizhoheit nicht ein, die Urteile der Gerichte generell als ungerecht zu bezeichnen. Ich bin im Gegenteil mit ihren drakonischen Urteilen gegen deutsche Diebe an fremdem Heeresgut oder gegen Verkäufen von Alkohol an farbige Truppen durchaus einverstanden es ist auch nicht zu übersehen, daß manche Richter Denunzianten behandeln wie es sich gehört. Eine Durchsicht der ergangenen Urteile aber gibt doch dem objektivsten Urteile den Eindruck, daß die Militärgerichte in der Verhängung von Gefängnis- und Geldstrafen so weit gehen, wie es eine Zivilgerichtsbarkeit nie tun könnte. Es ist sehr bezeichnend, daß französische Anwälte als Rechtsbeistände deutscher Angeklagter wiederholt gegen die Praxis ihrer Militärgerichte Stellung genommen haben. Zumal bei Urteilen in politischen Fällen — und sei es auch nur ein harmloses Versammlungsdelikt — sind die Militärgerichte, und können es nicht sein, nicht objektiv.

Das wirkt um so schärfer nach, als dieselben Gerichte bei Urteilen gegen Militärs, die sich Uebergriffe gegen Deutsche haben zuschulden kommen lassen, des öfteren sehr, sehr milde vorgehen. Ich will nicht daran erinnern, daß Ueberfallene oft darum kein Recht finden — ja sich noch der Gefahr der Bestrafung wegen Beleidigung aussetzen —, weil sie den Angreifer nicht genau bezeichnen können und in ihren Bemühungen keine Unterstützung finden. Ein Urteil aber hat ebenso wie die ihm zugrunde liegende Tat neuerdings die Bevölkerung am Rhein empört. Der farbige Soldat, der einen friedlichen, unschuldigen Arbeiter in Bingen bestialisch ermordete, ist mit zwei Jahren Gefängnis bestraft worden. Das Urteil besagt, er sei von dritten Personen zuvor schwer mißhandelt worden und habe den Mord in der Furcht vor einem neuen Angriff begangen. Hat das Gericht nicht festgestellt, daß der Mörder in Ablehnung verderber Anträge in Streit geraten ist, daß er aber zwischen diesem Streite und dem Morde längere Zeit amoklaufend die Straßen durcheilt hat, bis ihm der Unschuldige in das Messer lief?

Man stelle dieses Urteil denen des Reichsgerichts gegen deutsche „Kriegsverbrecher" gegenüber, ohne daß die Taten und das Verfahren auch nur entfernt verglichen werden können! Wahrlich, die Deutschen können stolz auf ihre Justiz sein. Um so schmerzlicher empfinden es daher die Rheinländer, dauernd fremder Militärgerichtsbarkeit unterworfen zu sein und sie können bei dieser wie allen Besatzungsqualen nichts anderes tun, als protestieren gegen die Beugung des Rechts und an das Gewissen des Auslandes appellieren.

Letzte Drahtmeldungen.

Betriebsrückgang in der rheinisch-westfälischen Eisen-Industrie.

Berlin, 18. Febr. Trotz der großen Nachfrage nach Roheisen haben in Rheinland und Westfalen ungefähr 20 Hochöfen nicht in Betrieb gesetzt werden können, da die erforderliche Koksmenge nicht zur Verfügung gestellt werden konnte. Besonders schlimm liegen nach dem „Deutschen Handelsdienst" die Verhältnisse im Siegerland, wo im Januar und Februar teilweise 75 % für die Produktion nicht in Frage kommen. Auch in den an der Küste gelegenen Hochofenwerken sind infolge Kohlen- und Koksmangels sowie häufigen Versagens der Eisenbahnen bereits Betriebsschwierigkeiten eingetreten. Während in Zeiten normaler Koksversorgung die Werke in der Regel mit Vorräten für mehrere Wochen versehen sind, ist es heute nichts Ungewöhnliches, daß Hochofenwerke nur für einen oder zwei Tage mit Koks versehen sind, so daß die geringsten Anfuhrstockungen zu Betriebsstillegungen führen müssen.

Zur Brotpreiserhöhung.

Berlin, 18. Febr. Aus Arbeitgeberkreisen wird der TU mitgeteilt: Nunmehr hat auch der Reichswirtschaftsrat zu der Brotpreiserhöhung Stellung genommen. In einer Entschließung ersucht er die Regierung, Maßnahmen zu treffen, durch die die Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger, sowie die erwerbsunfähigen Kleinrentner in den Stand gesetzt werden, die Folgen der Brotpreiserhöhung zu tragen. Nach den Darlegungen der Arbeitnehmer-Vertreter im Reichswirtschaftsrat und auch in einem Teil der Presse sieht es aber so aus, als ob die 50 bis 75 prozentige Brotpreiserhöhung sich in der Gesamtzahl auf die gesamte Lebenshaltung auswirken wolle. Es ist aber nicht so, da nach statistisch allgemeinen Aufstellungen die Kosten für Brot nur etwa 6% unter den gesamten Lebenshaltungskosten ausmachen. Es kann also von einer Lebenshaltungssteigerung um 50 bis 75 % keine Rede sein. Etwaige Lohnforderungen [illegible] Steigerung [illegible]

Die französischen Bedingungen für Rußland.

Paris, 18. Febr. Die parlamentarische Gruppe zur Verteidigung der französischen Interessen in Rußland, die unter dem Vorsitz des Abg. Ehrlich steht, hat eine Entschließung angenommen, in der folgende Bedingungen für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland gestellt werden: 1. Ausdrückliche Anerkennung aller bei den früheren Regierungen eingegangenen Verpflichtungen. 2. Wiederherstellung der ehemaligen französischen Güterrechte und Interessen, welcher Art sie auch sein mögen, oder aber Entschädigung für die erlittenen Verluste. 3. Wiederherstellung der Justizbürgschaften, ohne die jedes Wirtschaftsleben unmöglich ist. 4. Bestimmte Bürgschaften für die Ausführung dieser Bedingungen.

Paris und Moskau.

Berlin, 18. Febr. Die „Deutsche Allg. Ztg." schreibt: Die Aufsehen erregende Meldung über den Abschluß einer Vereinbarung zwischen Sowjetrußland und Frankreich ist bisher weder bestätigt, noch in einwandfreier Form abgeleugnet worden. Einer hiesigen Nachrichtenagentur wird aus Sowjetkreisen mitgeteilt, daß die betreffenden Gerüchte im gegenwärtigen Augenblick der Grundlage entbehren, daß aber Sowjetrußland wegen seiner wirtschaftlichen Bedürfnisse an alle Türen anklopfen müsse, um den Ring der wirtschaftlichen Isolierung zu sprengen. Danach wären also formell noch keine Abmachungen zwischen Moskau und Paris getroffen worden. Daß aber eine Fühlungnahme im Gange ist, scheint festzustehen. Auf die Form kommt es augenblicklich nicht an. Deshalb berühren auch die Erklärungen von französischer Seite, Krassin sei lediglich zu Vereinbarungen mit dem Roten Kreuz nach Paris gekommen oder Skobeliew habe nicht mit amtlichen Kreisen verhandelt, nicht den Kern der Sache.

Frankreichs U-Boot-Flotte.

Paris, 18. Febr. Nach dem „Matin" stellte der Ministerpräsident in der Senatskommission für Flottenangelegenheiten bei der Besprechung der U-Bootsfrage den Grundsatz auf, ein Land müsse Imstande sein, ohne Hilfe einer anderen Nation seine Küsten zu schützen.

Vergrößerung der französischen Kolonialarmee.

Paris, 18. Febr. Wie verlautet hat General Foch dem Ministerpräsidenten einen Rekrutierungsplan für die Eingeborenen der neugewonnenen afrikanischen Kolonien vorgelegt, in dem dargelegt wird, daß die französ[illegible]

London, 18. Febr. Ueber die [illegible] britischen Regierung ist durch die Besprechungen Allenbys mit Lloyd George und Lord Curzon eine Einigung erzielt worden.

Die Entlassung des französischen Jahrgangs 1920.

Paris, 18. Febr. Die Vorbereitungen für die Entlassung der ersten Gruppe der 1920 einberufenen Soldaten werden am 1. März beginnen und am 4. März abgeschlossen sein.

Wohnungsfragen im Reichstag.

Die Freitagssitzung des Reichstages wies nur spärlichen Besuch auf. Auf dem Gebiete der kleinen Anfragen scheint der Höhepunkt parlamentarischer Einsigkeit überschritten zu sein. Standen sonst 40 bis 50 auf der Tagesordnung, so waren diesmal nur zwei zu finden. Aus einer Antwort erfuhr man, daß einige Lebensversicherungsgesellschaften, die auch im Ausland arbeiten, Reichshilfe bei der Beschaffung von Krediten gewährt werden soll. Darauf wurde die zweite Lesung des Gesetzentwurfes für Abänderung der Vorlage über die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vorgenommen. Die Abgabe soll von 10 auf 50 % der Friedensmieten erhöht werden. Im Ausschuß wurde lebhaft darüber gestritten, ob die Mittel zum Bau der neuen Wohnungen von den Mietern erhoben werden sollen oder ob ein Teil durch Anleihen beschafft werden soll. Man einigte sich schließlich auf einen Mittelweg. Besonderer Dank wurde den Trägern der sozialen Versicherung gezollt, die sich zur Bereitstellung von Mitteln verpflichtet haben. Der deutschnationale Abgeordnete Bazille, ein Württemberger Oberamtmann, rollte das ganze Wohnungsproblem auf. Er stellte den Grundsatz als maßgebend hin, daß eine freundliche Wohnung staatserhaltend wirke. Die Wohnungsnöte erklärte er vornehmlich aus dem Kriege und dem Versailler Vertrag. Den Weg der Regierung bezeichnete er als einen Irrtum und kennzeichnete die Vorlage als verfassungsändernd. Der sozialistische Gewerkschaftler Silberschmidt behauptete jedoch in allem das gerade Gegenteil. Er stellte fest, daß die Vorlage wie immer hinter den Ereignissen herhinkt. Der Zentrumsabgeordnete Kremmel hob hervor, daß die Wohnungsnot deshalb so groß ist, weil das Kapital zögert, sich an der Bautätigkeit zu beteiligen. Ein Beweis dafür sind die Nöte der valutastarken Länder. Kräftige Töne fand der unabhängige Sozialist Kuhnt gegen den Wohnungswucher. Er brandmarkte es, daß in Berlin zehntausende von Wohnungen fehlen, während 500 Likörstuben neu erstanden sind. Die Kommunisten lehnten die Vorlage ganz ab. Der Demokrat Bahr erbat die rasche Verabschiedung der Vorlage, während der bayerische Volksparteiler Jaud erhebliche Bedenken vorbrachte. Das Interesse des Hauses an diesen Beratungen war sehr gering, zumal die Redner meist nur ihre Reden vom Reichsmietengesetz wiederholten. Vizepräsident Dr. Rießer ermahnte daher die plaudernden Gruppen, nicht zu laut zu sein, damit nicht der Eindruck eines voll besetzten Hauses erweckt würde. (Heiterkeit!) Am Sonnabend geht die Aussprache weiter.

Preußischer Landtag.

Eine Streikdebatte.

Im Preußischen Landtag hatte man für Freitag wieder mit einer recht stürmischen Sitzung gerechnet, standen doch die Anträge zum Eisenbahnerstreik und zum Berliner Verehrsstreik auf der Tagesordnung. Zunächst ging es jedoch sehr ruhig zu.

Der unabhängige Abgeordnete Meier begründete den Antrag seiner Fraktion auf Außerkraftsetzung der Verfügung der Berliner Polizeipräsidenten und Einleitung eines Verfahrens wegen grober Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse.

Die Kommunisten hatten den Abg. Knoth vorgeschickt der sich für die Rückgängigmachung der vollzogenen Maßregelungen einsetzte und eine Unterstützung der Technischen Nothilfe als Streikbrecherorganisation ablehnte. Das alles ging vor fast verödetem Hause verhältnismäßig ruhig von statten. Die Redner waren ja auch weder durch oratorische, noch durch sonstige Fähigkeiten geeignet, besonderes Interesse zu entfesseln.

Lebhaft wurde es erst, als der mehrheitssozialistische Krüger-Potsdam heftig gegen die Brüder von Links zu Felde zog und ihre Sünden bei diesem unmotivierten Streik ihnen vorhielt. Er formulierte darauf klar den Standpunkt seiner Partei dahin, daß mit Ausnahme der Polizeibeamten allen Kategorien, auch denen, die zu den lebenswichtigen Betrieben zählen, das Streikrecht zustehe. Auch für die Technische Nothilfe hatte er Worte der Anerkennung. Da der Redner nicht nur gegen links, sondern auch gegen rechts heftig polemisierte, verlief die weitere Sitzung denn doch lebhafter, als man zunächst anzunehmen berechtigt war.

Der Zentrumsabgeordnete Blank, der den Redner ablöste, billigte die Verordnung des Reichspräsidenten und sprach im Gegensatz zu dem Vorredner den Beamten das Streikrecht ab. Koalitionsrecht und Streikrecht seien nicht identisch.

Hatte sich bei diesen ruhig gehaltenen Darlegungen die Erregung einigermaßen gelegt, gestaltete sie sich wieder zum Sturm, als der deutschnationale Abgeordnete Becker, Hauptschriftleiter der „Deutschen Tageszeitung", den Standpunkt seiner Partei darlegte. Besonders seine Beurteilung des Verhaltens seiner Beamtenschaft beim Kapp-Putsch löste lebhaften Widerspruch bis in die Reihen des Zentrums hinein aus. Der Regierung bezeugte der Redner, der sich immer mehr in Erregung hineinredete, aufs neue das Mißtrauen. Ironische Zurufe ertönten, als er seine Partei nach wie vor als Schützerin der Beamteninteressen bezeichnete. Als der Redner endete und eine treu zum Staat stehende Beamtenschaft als die Säule des ganzes Staatsbaues bezeichnete, quittierte die Linke mit nicht endenwollenden ironischen Hurrarufen, während die Rechte lebhaft Beifall spendete. In vorgerückter Stunde nahm dann das Wort

Minister des Innern Severing:

Wie sich das Staatsministerium zu den unabhängigen und kommunistischen Anträgen stellen wird, kann ich noch nicht sagen. Auch ich hoffe, daß sich unser Volk bald wieder zu einer großen Volksgemeinschaft zusammenschließt. Durch Reden, wie die eben gehaltene, wird das aber nicht erreicht. Durch den Streik hat man nichts gewonnen. In Presse und Versammlung der Deutschnationalen ist nicht wenig zum Ausbruch des Streikes beigetragen worden. (Widerspruch rechts.) Bei den Abwehrmaßnahmen hat die preußischen Regierung nicht erst auf die Anregung aus dem Reichsverkehrsministerium gewartet. Bereits am 29. Januar hatte ich mit dem Berliner Polizeipräsidenten über entsprechende Maßnahmen gesprochen und ich habe Anweisungen an die Regierungspräsidenten ergehen lassen. Die Angriffe des Abgeordneten Becker gegen die Zivilleitung der Schupo sind unberechtigt. Alle Lohnbewegungen sind letzten Endes die Folgen der hohen Lasten, die wir an das Ausland abzutragen haben. Die Technische Nothilfe ist eine Notwendigkeit. (Sehr wahr, Lärm bei den Komunisten und Unabhängigen.) Durch Ihre (nach links) Agitation ist das Gefüge der Gewerkschaften gelockert worden. In der Verhetzung der Schupo haben die Deutschnationalen in den letzten Tagen das Menschenmöglichste getan. Ein Streikrecht der Schupo kann der Minister des Innern nicht anerkennen. Den radikalen Elementen mußte gezeigt werden, daß sie die Bewegung nicht für ihre Zwecke ausnützen könnten. Rachepolitik wollen wir nicht üben. Zu den in den kommunistischen Anträgen geforderten Maßnahme gegen die Technische Nothilfe kann ich mich nicht bereit finden. (Bravo rechts und in der Mitte.) Wenn es sich um die Gesundheit von Volksgenossen handelt, brauchen wir eine Organisation, die, frei von allen Tagesmeinungen ihre Pflicht tut.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Becker (Dt. Nt.), der die Angriffe des Ministers auf die „Deutsche Tageszeitung" zurückweist, vertagt sich das Haus auf Sonnabend vormittag 11 Uhr mit folgender Tagesordnung: Weiterberatung; Kleine Vorlagen.

In aller Kürze.

Neuigkeiten von Nah und Fern.

Die Nachricht, daß Dr. Dorten mit Poincare eine Unterredung gehabt habe, wird durch die Rheinlandkommission dementiert.

•

Die Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes soll nach einer Erklärung des Reichsfinanzministers so gefördert werden, daß das neue Gesetz am 1. 4. 1922 in Kraft treten kann.

•

Von der preußischen Staatsregierung wird ein Gesetzentwurf vorbereitet, nach dem das Grundkapital des preußischen Geldinstitutes (Zentralgenossenschaft) um 160 Millionen Mark erhöht werden soll.

•

Der Vorstand des preußischen Städtetages hat den Oberbürgermeister von Hanau Dr. Blaum zum Mitglied des Hauptausschusses des Städtetages gewählt.

•

Das deutsche Konsortium in Belgrad erhielt laut Beschluß des Ministerrates die Konzession zur Hebung von Schiffen und Gütern, die in der Donau gesunken sind. Jugoslawien soll die Hälfte der gehobenen Güter zugute kommen.

•

Der neu ernannte deutsche Botschafter in R[illegible] Freiherr von Neurath überreichte sein Beglaubigu[illegible] schreiben und wurde vom König zu einer 1½stündig[illegible] Unterredung gebeten.

•

Der Papst hat jedem der zum Konklave nach Rom gereisten deutschen und österreichischen Kardinäle, soweit sie Erzbistümer innehaben, zur Linderung der Not in ihren Diözesen 200 000 Lire ausgehändigt.

•

Als Zeitpunkt für die Eröffnung der Münchener Gewerbeschau 1922 ist der 13. Mai bestimmt worden.

•

Der Oberstaatsanwalt von Naumburg hat auf die Entdeckung der Täter, die die Flucht des Oberleutnants z. S. a. D. Dithmar ermöglichten, 20 000 Mk. Belohnung ausgesetzt.

•

In München wurde der seit längerer Zeit wegen Beihilfe zum Hochverrat steckbrieflich verfolgte Kommunisten-Agitator Josef Schwarz verhaftet.

•

In London hat eine der ältesten Maklerfirmen „Ellis" den Bankerott erklärt. Die Passiven betragen 2 Millionen Pfund Sterling. Die Firma „Ellis" ist über 150 Jahre alt und hat 1814 den Feldzug Wellingtons gegen Napoleon I. mit 24 Millionen Pfund Sterling finanziert.

•

Bei einem von Mitgliedern des Unterhauses veranstalteten Bankett hielt Lloyd George eine Lobrede auf Balfour.

•

Friedtjoff Nansen lehnt in einem offenen Brief die ihm beamtlich angetragene Mitgliedschaft des Moskauer Sowjets ab. Seine Tätigkeit in Rußland habe nur den Hungernden, nicht der Sowjetregierung gegolten.

•

Bonomis Aussichten für die italieniche Kabinettsneubildung sind nach Blättermeldungen auf dem Gefrierpunkt angelangt. Giolitti wird von den Sozialisten erneut als Ministerpräsident genannt. Die Fortdauer der Krise dürfte auf die Eröffung von Genua verschiebend wirken.

Aus dem Reiche.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 17. Febr. Heute nachmittag 5 Uhr tritt das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, in der laufende Geschäfte besprochen werden sollen.

Einberufung des auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 17. Febr. Der „Deutschen Allg. Ztg." zufolge ist der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten von seinem Vorsitzenden Dr. Stresemann für Dienstag, den 21. Februar einberufen worden.

Nach der Entscheidung in der Kanzlerkrise.

Das amtliche Ergebnis der Abstimmung.

Berlin, 17 Febr. Das amtliche Abstimmungsergebnis ist folgendes: 107 Sozialdemokraten stimmten mit Ja, ein Abgeordneter (Seemann) fehlte wegen Krankheit. Beim Zentrum stimmten 66 Abgeordnete mit Ja. Gefehlt haben die Abgeordneten Dr. Bell, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Gesandter Dr. Pfeiffer, Frau Teusch. Bei den Demokraten stimmten 38 Mann mit Ja; es fehlten Staatspräsident v. Heiber, Württemberg und Dr. Schiffer (zurzeit in Genf). Ja-Zettel gaben ferner ab 3 Hannoveraner, 2 Bayerische Volksparteiler, 4 Bayerische Bauernbündler. Mit Nein haben gestimmt: 67 Deutschnationale, 60 Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, 35 Unabhängige, 23 Kommunisten. Enthalten haben sich 16 Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei. Gefehlt haben 4 Deutschnationale: Arnstadt, Haag, Neuhaus, Düsseldorf, Graf v. Kanitz, 5 Vertreter der Deutschen Volkspartei: Dr. Heinze, Keubler-Böhm, Dr. Quaatz, v. Raumer, Spetzler, 1 Hannoveraner: Dr. Graf v. Bernstorff, 2 Bayerische Volksparteiler: Dr. Mayer (Botschafter in Paris) und Schwarzer, 3 Kommunisten: Düwell (der sich an der Abstimmung nicht beteiligt hat), Eckardt und Frau Zetkin (zurzeit in Moskau), ferner nicht weniger als 26 Unabhängige, von denen 14 im Saal waren und trotzdem keinen Stimmzettel abgaben. Es waren dies die Abgeordneten: Breitscheid, Breunig, Brühl, Ernst Fleißner, Hertz, Jäckel, Marie Karch, Kotzke, Puchta, Seger, Staab Unterleitner.

Scheidemann über die Reichstagsabstimmung.

Berlin, 17. Febr. In einem Leitartikel im „Vorwärts" schreibt Philipp Scheidemann u. a.: Die Situation ist jetzt so, daß die Regierungsparteien Zuwachs entweder von rechts oder links haben müssen, wenn sie arbeitsfähig bleiben wollen. Inwieweit eine Ergänzung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei in Betracht kommen könnte, sei nicht vorauszusehen, nachdem sie erst dem Kabinett Wirth einen Mißtrauensantrag gestellt habe.

In einer Nachschrift der „Vorwärts"-Redaktion" heißt es: Es muß mit aller Ruhe versucht werden, mit der Mehrheit vom 15. Februar eine Finanzreform unter Dach und Fach zu bringen. Erst wenn dieser Versuch scheitert, weil sich keine genügende Mehrheit der Parteien fände, um den Besitz in irgend einer gerechten Weise zur Tragung der Lasten heranzuziehen, würde die Situation für eine Klärung durch Neuwahlen reif sein.

Die Aussichten der großen Koalition.

Köln, 17. Febr. Die „K. Z.", welche bekanntlich der Deutschen Volkspartei nahesteht, schreibt in ihrer heutigen Mittagsausgabe über die Erfolgsaussichten der großen Koalition: Es ist bekannt, daß Sozialdemokratie und Unabhängigen auf die Richtung unserer Politik maßgebend einwirkt, während den bürgerlichen Regierungsparteien bestenfalls die Rolle des Bremsers und des mit der politisch-taktischen Auslegung beauftragten Advokaten zufällt. Wenn es sich um unsere Außenpolitik gehandelt hätte, dann hätte man auf den Vorschlag, den Zentrum und Demokraten mit großer Wucht gestern beim Reichskanzler vertraten, eingehen und über alle Scherereien der letzten Tage hinweg die große Koalition aufrichten müssen. Die Sozialdemokratie hat sich bekanntlich dagegen gesträubt, aber immerhin sie für die Zukunft nicht grundsätzlich abgelehnt. Wenn die Sozialdemokratie ihre Abneigung gegen die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei mit allerlei Vorwänden begründet, die sich um den Namen Stinnes schlingen, so ist das agitatorisches Gerede, das kein vernünftiger Sozialdemokrat ernst nimmt. Wenn sie aber das taktische Verhalten der Deutschen Volkspartei in der letzten Zeit für wenig zielsicher und zuverlässig hält, so wird man ihr in dieser Richtung Zugeständnisse machen können. Es gibt in der Deutschen Volkspartei Leute genug, die allmählich Gründe und Ziele der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nicht mehr verstehen und endlich einmal einen energischen Vormarsch auf gerader politischer Straße verlangen. Aber an vergangene Fehler einer Partei — welche von den Parteien, die an alter Tradition und Erfahrung der Deutschen Volkspartei überlegen sind, machte solche Fehler nicht? — kann man das Schicksal des Reiches nicht knüpfen. Die Führer der sozialdemokratischen Fraktion haben bei den gestrigen Besprechungen erklärt, daß sie zur großen Koalition bereit seien, daß aber die Mehrheit der Fraktion ihnen noch nicht folge. Mögen sie zeigen, daß sie wirkliche Führer sind und ihren Leuten klarmachen, daß sie bei dem dauernden Nachlaufen hinter den Unabhängigen doch nur die Dummen sind. Die Führer der Deutschen Volkspartei aber mögen die große Koalition künftig nicht mehr wie bisher als ein angenehmes Zufallsgeschenk einer glücklichen Stunde betrachten, sondern mit zielbewußtem Streben unter Hintansetzung von manchen berechtigten persönlichen und taktischen Bedenken auf sie hinarbeiten. Dann wäre es ein Wunder, wenn nicht das deutsche Volk zum Nutzen seiner inneren und auswärtigen Politik eine Regierung bekäme, innerhalb welcher sich die Parteien endlich einmal wieder in den Formen vernünftiger und erzogener Menschen aussprechen könnten.

In den Besprechungen der letzten Tage hat sich auch der Reichskanzler Dr. Wirth als Freund der großen Koalition bekannt. Er hat in der Vergangenheit wenig getan, um sich als solcher zu erweisen. Wir hoffen, daß er in Zukunft in der Betätigung dieser Freundschaft etwas von der Energie anwendet, die ihm für andere Dinge in erfreulichem Maße zu Gebote steht. Als heute morgen zu Beginn der interfraktionellen Besprechung beim Reichskanzler die Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärten, mit Rücksicht auf den Widerspruch der Sozialdemokratie gegen die große Koalition die weitere Beteiligung an den Verhandlungen ablehnen zu müssen, bat sie der Reichskanzler Dr. Wirth, doch wenigstens noch zu versuchen, einen Beschluß über die spätere Errichtung der großen Koalition herbeizuführen. Die Abgesandten der Deutschen Volkspartei haben das vermutlich aus irgendeiner Rücksicht auf den am Nachmittag zum Austrag kommenden Abstimmungskampf abgelehnt und die Tür hinter sich zugemacht. Hoffentlich streiten sich der Kanzler und die Fraktion in den nächsten Tagen nicht über die Frage, wer von ihnen die Tür zuerst wieder aufzumachen verpflichtet sei."

Die bürgerliche Einheitsfront in Bayern gesichert.

Demokratisches Nachgeben in der Präsidentenfrage.

München, 17. Febr. Die Koalitions- und Regierungserweiterung nach rechts ist in Bayern so gut wie gesichert. Gestern nachmittag traten im Landtage die Führer der bürgerlichen Fraktionen noch einmal zusammen. Es wird wahrscheinlich nur noch einer einzigen Besprechung bedürfen, um das Koalitionsprogramm für einen Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien im Landtage endgültig festzulegen. Es handelt sich nur um die Frage des Staatspräsidenten, bei der wahrscheinlich die Demokraten dem Wunsch der Mittelpartei und der Bayerischen Volkspartei nachgeben dürften.

Verurteilung eines bayerischen Landtagsabgeordneten durch das französische Militärgericht.

Speyer. Nachdem erst vor einiger Zeit der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Hammerschmidt und sein Parteifreund Philipp Heilferich wegen angeblicher Bedrohung der französischen Besatzungstruppen in einer Versammlung der Demokraten verurteilt worden sind, wurde am 10. Februar der Landtagsabgeordnete und Direktor Burger-Ludwigshafen zu 2000 Mk. Geldstrafe vom Polizeigericht in Speyer verurteilt, weil er in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei die französische Besatzungsmacht beleidigt haben soll. Dem Vernehmen nach hat die angebliche „Beleidigung" darin bestanden, daß Abgeordneter Burger das bekannte Wort Clemenceaus zitierte, wonach 20 Millionen Deutsche zuviel auf der Welt seien.

Aus dem Auslande.

Der große Kuhhandel Moskaus.

Paris, 17. Febr. Der Kopenhagener Korrespondent des Intransigeant will erfahren haben, daß das Kabinett Wirth in der letzten Woche einen eigenen Ministerrat abhielt, um auf den Vorschlag von Moskau zu antworten, daß in Berlin eine geheime Vorkonferenz stattfinden solle, auf welcher die Richtlinien festgelegt werden sollten, die Deutschland und Rußland in Genua gemeinsam befolgen wollten. Außer Radek und Karachan sollten Joffe und Litwinow zu dieser geheimen Konferenz nach Berlin entsandt werden.

Sollten die Trotzki und Lenin wirklich versucht haben mit jedem der zur Konferenz von Genua geladenen Staaten ein „Geheimabkommen" zu schließen, so könnte man das Verfahren eben nur „echt bolschewistisch" nennen. Es ist doch nur zu natürlich, daß ein Abkommen das andere aufhebt, daß also gerade den Geheimverhandlungen (immer vorausgesetzt, daß sie überhaupt stattfanden oder geplant waren) mit nachfolgendem Abkommen höchstens der Wert eines regelrechten Kuhhandels zukommt. Vor übereilten Maßnahmen kann also nicht genug gewarnt werden.

Poincares Dementi des Sowjet-Abkommens

Schwebende Paris-Moskauer Verhandlungen.

Paris, 17. Febr. Ein Moskauer Korrespondent des Matin meldet, daß das allrussische Exekutivkomitee für die Vorbereitung der Genueser Konferenz eine Untersuchung über die Ansprüche veranstalte, welche die Sowjetdelegierten den Ansprüchen der Gläubiger Rußlands entgegenstellen sollen. Das Programm, das die Russen in Genua vertreten werden, wird angeblich folgendes sein: Die Russen werden fordern, daß die Alliierten den Artikel 116 des Versailler Vertrages anwenden, wonach die verbündeten und assoziierten Mächte die Rechte Rußlands ausdrücklich reviedieren, damit dieses die im Auslande hinterlegten Summen, sowie seine Flotte ihm zurückgegeben werden. Es wird ferner eine Entschädigung verlangen für die Verluste, die es infolge der Fortführung des russischen Staatsschatzes durch die tschechischen Legionäre nach dem Rücktritt Koltschaks erlitten hat. Rußland wird die früheren Schulden anerkennen, lehnt es aber ab, die beschlagnahmten Fabriken zurückzugeben. Es ist aber bereit, mit den Eigentümern ein Abkommen zu treffen wegen der Entschädigung für die Beschlagnahme dieser Fabriken oder ihnen entsprechende Konzessionen einzuräumen.

Von französischer Seite werden nachdrücklichst alle Meldungen über Verhandlungen mit Rußland abgestritten. Poincare gab gestern in der Kammer eine diesbezügliche Erklärung ab: „Die beiden russischen Vertreter in Paris Skoboleff und Iwatieff lehnten mir gegenüber gestern jede Aeußerung über diese Angelegenheit ab." Es hat den Anschein, daß tatsächlich keine bestimmten Abmachungen getroffen worden sind und daß alle Nachrichten von dem Abschluß eines französisch-russischen Vertrages nichts anderes sind als ausgestreckte Fühler, ob die Franzosen nicht einen derartigen Vertrag abschließen möchten. Außerdem scheint es, als ob die Russen absichtlich solche Gerüchte in Paris und an anderen Stellen ausstreuen, um die Engländer darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich beeilen müßten, Verträge mit Sowjetrußland abzuschließen, wenn ihnen Frankreich nicht zuvorkommen solle. Dieses Ausstreuen von Gerüchten hat offenbar den Zweck, den Russen in Genua eine günstige Position zu verschaffen. Alle in der deutschen Presse verbreiteten Gerüchte über französisch-russische Vertragsabschlüsse sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Bestimmte Abmachungen sind keineswegs getroffen worden. Daß Verhandlungen stattfinden und daß in dieser Hinsicht gearbeitet wird, steht allerdings fest.

Londons Antwort in der Reparationsfrage.

Ablehnung der Pariser Ansprüche.

Paris, 17. Febr. In Cannes war bekanntlich vorgesehen, daß Deutschland 720 Millionen Goldmark im Jahre 1922 zu zahlen hätte, daß die Machtbefugnis des Garantiekomitees erweitert werden und das Abkommen der Finanzminister vom 13. August 1921 in einem für Frankreich günstigen Sinne abgeändert werden würde. Frankreich gab bekanntlich die Anregung, daß die Wiederherstellungskommission Beschlüsse wegen der Zahlungen im Jahre 1922 fällen sollte.

Darauf ist nun von England gestern eine Antwort eingetroffen, die die französischen Hoffnungen in schwerster Weise enttäuschen muß. England greift den von Rathenau in Cannes erörterten Plan auf, und schlägt vor, daß Deutschland im Jahre 1922 nur 500 Millionen bezahlen soll und hat gegen die Ausdehnung der Machtbefugnisse des Garantiekomitees weitgehende Bedenken. Es erklärt, daß, wenn dem Komitee solche Rechte anerkannt würden, es in gewissem Sinne von der Wiederherstellungskommission vollkommen unabhängig würde und daß ferner die strenge Kontrolle über die deutsche Finanzgebahrung die Bewegungsfreiheit der deutschen Regierung bedenklich einengen müßte. Das Finanzministerabkommen könne höchstens auf einer Konferenz der Finanzminister neuerdigs erörtert werde.

Ein wichtiges Zugeständnis hat England allerdings Frakreich gemacht, indem es sich damit einverstanden erklärt, daß die Frage der deutschen Zahlungen im Jahre 1922 von der Wiederherstellungskommission studiert werde.

Verringerung der amerikanischen Besatzungstruppen.

Paris, 17. Febr. Aus Washington wird gemeldet, daß das amerikanische Kriegsministerium schon in den nächsten Tagen eine neue Herabsetzung der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein vornehmen wird. Diese Herabsetzung wird 203 Offiziere und 3000 Mann umfassen, sodaß noch 103 Offiziere und 2217 amerikanische Soldaten am Rhein bleiben.

Ein Kind als Schuldpfand.

Von Dr. Deermann, M. d. R.

In uralten Zeiten barbarischer Gesittung konnten die Gläubiger ihre Schuldner nicht nur in den Schuldturm einsperren, bis diese ihre Schuld bezahlt hatten, sondern auch des Gläubigers Frau und Kinder als Pfand in Besitz nehmen und für sich arbeiten lassen, ja sie sogar als Sklaven verkaufen. Schon 600 Jahre vor Christi Geburt wurde in Athen, dem ersten wahrhaft edlen Kulturstaate Europas, von dem weisen Staatsmann Solon diese rohe Sitte abgeschafft. Seitdem ist sie in wirklichen Kulturstaaten verpönt.

Leider gibt es neuerdings eine grausame Ausnahme. Seit dreieinhalb Jahren wird in Nancy in Frankreich ein deutsches Kind, die 8½jährige Marcelle Heymann, als Schuldpfand zurückgehalten, unter wiederholter ausdrücklicher Billigung der französischen Regierung. Die Eltern, welche heute in Köln, Hansaring 62 III, wohnen, lebten bei Kriegsausbruch in Nancy. Die rechtzeitige Rückkehr nach Deutschland war ihnen unmöglich, weil seit dem 28. Juli die nahegelegene deutsch-lothringische Grenze gesperrt war. Am 3. August ließen sie auf die sehr dringende Bitte der im gleichen Hause wohnenden Eheleute Demange, Nancy, Faubourg St. George 131, ihr neun Monate altes Töchterchen Marcelle vor Antritt einer 65 Kilometer langen Fußwanderung zum nächsten Internierungslager zurück. Einen zweijährigen Jungen trug der Vater mit. Die Mutter war schwanger. Der Junge starb infolge der mangelhaften Verpflegungsverhältnisse 5 Wochen später im Lager und wurde fast wie ein Hund eingescharrt. Im Februar 1918 schrieb Herr Heymann auf die Gerüchte über einen Austausch der Zivilinternierten hin an das zuständige französische Ministerium, man möchte ihm seine Tochter ins Lager schicken, damit er sie mit nach Deutschland nehmen könne. Im April bekam er Antwort, daß seine Bitte gewährt würde, falls er einen Begleiter stelle und für beide die Reisekosten bezahle. Dazu fehlte dem Vater, einem zivilinternierten Arbeiter, das Geld. Als derselbe im August 1918 dann ins Sammellager zum Austausch kam, schrieb er nochmals an die französische Regierung um Uebersendung seines Töchterchens. Er erhielt die Antwort, er würde erst am 12. Oktober ausgetauscht, und bis dahin hätte er sein Kind im Lager. Aber es geschah nichts, er mußte allein heimfahren, nachdem seine Frau schon vorher ausgetauscht war.

Von Deutschland versuchte Heymann dann sofort und unablässig, erst mit Hilfe des Roten Kreuzes in der Schweiz und der Schweizer Gesandtschaft, später der deutschen Botschaft in Paris, sein Kind zurückzuerhalten. Es ist ihm bis heute nicht gelungen, auch nur eine Aussicht auf die Rückgabe des Kindes zu erlangen. Die Eheleute Demange verlangen nach dem Austausch Heymanns plötzlich die Bezahlung eines Pflegegeldes in Höhe von 5000 Franken, d. h. von 60 Franken für den Monat seit Kriegsbeginn, erst nach Bezahlung dieser Summe will sie das Mädchen herausgeben. Die französische Regierung unterstützte in wiederholten amtlichen Aeußerungen dieses barbarische Verfahren der Schuldverpfändung eines Kindes. Sie lehnt jede Mitwirkung zur Aufhebung dieser ungesetzlichen und vorsintflutlichen Maßnahmen ab. Außerdem behauptet die Schaffung seines Kindes gebeten habe. Er tat dies aber acht Monate vorher schon und seitdem wiederholt. Genügt diese Zeitspanne der französischen Bureaukratie nicht oder hat sie ein schlechtes Gewissen?

Außerdem ist auch die Forderung von 60 Franken Pflegelder pro Monat viel zu hoch. Bis Frühjahr 1918 hielten sich in Frankreich die Preise für den Lebensunterhalt auf Friedenshöhe. In Deutschland wurden für den Lebensunterhalt von Pflegekindern aus gelernten Arbeiterkreisen 25 Mark monatlich bezahlt, also nur etwa 33 Franken.

Das alles ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Marcelle Heymann seit 7½ Jahren ihren Eltern entfremdet ist, daß sie diese nicht kennt, daß eine arme Arbeiterfrau vor Gram zu einem Skelett abgemagert ist, daß für die mittellose Arbeiterfamilie Heymann keine Aussicht besteht, ihr Kind wiederzuerlangen, weil sie 5000 Franken bei der heutigen Währung der Mark niemals aufbringen kann. Einen Prozeß gegen die ungesetzliche Pfandnahme und Zurückhaltung des Kindes ist ihr wegen der hohen französischen Prozeßkosten unmöglich.

Auch in England wurde von einer Familie eine gleiche Pfandnahme eines deutschen Kindes versucht. Aber die englische Regierung veranlaßte sofort die Heimsendung desselben und gab den Pflegern auf, den gesetzlichen Weg der gerichtlichen Klage um die Pflegekosten zu beschreiten.

Vermögen die öffentliche Meinung, das Mitleid aller zivilisierten Mütter mit einem verschleppten Kinde nicht Frankreich zu bewegen, gesetzlich wie England zu handeln? Gibt es nicht edle, freigebige Menschen, welche im andern Falle die Loskauffumme von 5000 Franken sammeln, damit die letzte, jüngste und schwächste Zivilinternierte des schrecklichen Weltkrieges ihre Eltern wiedersieht?

Todesurteile auf daktyloskopischer Grundlage.

Von Pol.-Präs. a. D. Koettig in Dresden.

Todesurteile sind sozusagen aktuell. Infolge der allgemeinen Zunahme der Kriminalität haben auch die Verurteilungen zugenommen, wegen der Zunahme der sog. Kapitalverbrechen besonders auch die Todesurteile. daß sie durch unverständliche Gnadenerlasse z. T. nicht vollstreckt werden sollen, gehört in ein anderes Kapitel. Die nachfolgenden Ausführungen über Todesurteile auf daktyloskopischer Grundlage lehnen sich an das soeben erschiene Werk von Geh. Rat Dr. Robert Heindl, „System und Praxis der Daktyloskopie und der sonstigen technischen Methoden der Kriminalpolizei" (Berlin, Ver. wissensch. Verleger, 1922) an. Dieses Werk hat dem ehemaligen Dresdener Polizeipräsidenten, der den ersten daktyloskopischen Erkennungsdienst Deutschlands geschaffen hat, Anlaß zu den folgenden Ausführungen gegeben.

In dem Aufsehen erregenden Heidelberger Schwurgerichtsprozeß wegen Ermordung der beiden Herforder Bürgermeister spielten blutige Fingerabdrücke ma Tatort des Verbrechens eine große Rolle. Das zweifache Todesurteil stützte sich auf einen reinen Indizienbeweis und die Fingerabdruckspuren bildeten ein besonders wichtiges Glied dieser Indizienkette.

Man erinnert sich unwillkürlich an eine Reihe ähnlicher Sensationsprozesse, in denen das Gutachten des daktyloskopischen Sachverständigen ausschlaggebend war. An den Raubmordprozeß gegen den Zigeuner Lakatos, dem sein Fingerabdruck an einem Wasserglase zum Verhängnis ward. An die berühmten Fälle Scheffer und Bonnot vor den Pariser Assisen und da auch im Heidelberger Prozeß zur Entkräftung des daktyloskopischen Gutachtens ein Alibibeweis versucht wurde, vor allem an den „Mord in der Apotheke Scharlamoff" zu Petersburg. Im letzten Fall war ein gewisser Alexejeff durch Fingerabdruckspuren der Täterschaft überführt worden. Er leugnete in der Hauptverhandlung energisch und vier Zeugen, die mit ihm ein Schlafzimmer teilten, sagten aus, daß er in der fraglichen Nacht sein Haus nicht verlassen habe. Der Verteidiger, einer der bekanntesten Advokaten von Petersburg, betonte diesen glänzenden Alibibeweis und bestritt, daß eine Verurteilung lediglich auf das einzige Indiz der Fingerabdrücke erlaubt sei. Trotzdem wurde Alexejeff verurteilt und zwei Wochen nach der Urteilfällung gestand er die Tat. Ganz ähnlich verlief ein Fall in Sachsen. Dort suchte man ein auf daktyloskopischer Beweisbasis ergangenes Urteil mit allen Mitteln, mit Gnadengesuch und Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens nichtig zu machen. Um nachzuweisen, daß die Anwesenheit am Tatort zur Zeit der verbrecherischen Tat unmöglich gewesen sei, wurde ebenfalls eine Anzahl von Alibizeugen benannt. Trotzdem blieb es bei der Verurteilung und auch hier erfolgte ein nachträgliches rückhaltloses Geständnis.

Besonders auffallend ist aber die Aehnlichkeit des Heidelberger Falles mit dem Mordprozeß gegen die Margarete Müller in Dresden, die lediglich durch ihre in der Wohnung der Opfer hinterlassenen Fingerabdrücke überführt, ebenfalls zweimal zum Tode verurteilt wurde, obwohl sie gleich dem Heidelberger Angeklagten jede Schuld entschieden leugnete. In dem Dresdener Prozeß, dem ersten und bisher einzigen Fall, in dem ausschließlich auf den daktyloskopischen Befund hin ein Todesurteil erfolgte, wurde zu Gunsten der Angeklagten geltend gemacht, daß die Daktyloskopie erst seit Anfang dieses Jahrhunderts praktisch geübt werde und es bedenklich sei, eine so junge Wissenschaft zur Grundlage eines Urteil über Leben und Tod zu machen. Der damals vor den Dresdener Geschworenen sprechende Sachverständige — übrigens derselbe, der jetzt auch vor dem Heidelberger Schwurgericht als Obergutachter geladen war, der Geh. Legationsrat Dr. Heindl. — bestritt, daß die Daktyloskopie eine Disciplin sei, die noch in den Kinderschuhen stecke. Er führte in längerer historischer Darstellung aus, daß es sich hier keineswegs um eine minorenne Wissenschaft handle, sondern um eine Wissenschaft, die mindestens fünfhundert Jahre älter sei als die älteste europäische Universität.

Der Feder Heindls verdanken wir auch eines der interessantesten und originellsten kriminalistischen Bücher der Weltliteratur, die „Reise nach den Strafkolonien". Wie in diesem Deportationswerk so ist auch in seinem soeben erschienenen „System und Praxis der Daktyloskopie und der sonstigen technischen Methoden der Kriminalpolizei" die Beweisführung besonders deshalb überzeugend, weil Heindl sich nie auf die gelehrte Vorarbeit anderer Autoren verläßt, nie fertig geprägte Urteile übernimmt, sondern den von ihm behandelten Fragen stets selbst auf den Grund geht. Während vor ihm eine Reihe deutscher Professoren und praktischer Juristen mehr oder minder dicke Bände über die Strafkolonien schrieb, ohne jemals eine gesehen zu haben, setzte er sich nicht an den Schreibtisch, sondern auf einen Ueberseedampfer, besuchte die französische Deportationsinsel in der Südsee, die englische im indischen Ozean, die spanische in Afrika, hauste einige Monate in Mörderansiedlungen und Räuberdörfern und schrieb erst nach dieser Reise, die vor ihm nicht einmal ein spleeniger Engländer oder Amerikaner unternommen hatte, ein Buch voll persönlicher Eindrücke, grotesker Erlebnisse und lehrreicher Erfahrungen, das den größten Teil der bis dahin erschienen Deportationsliteratur ad absurdum führte. Genau so bei dem neuen Buch. Wissenschaftlich zwar in Bergen gehalten, Fingerabdruckkunde in großer Zahl erschienen. Aber selbst die gründlichsten dieser kriminalistischen Spezialarbeiten enthalten über die heikle Frage, die ungemein wichtig ist, um die Geschworenen von dem Beweiswert der Daktyloskopie zu überzeugen, nur ganz verschwommene Angaben. Sie beschränken sich auf Mutmaßungen und Behauptungen (schon die Chinesen und Inder haben in grauer Vorzeit die Daktyloskopie gekannt), ohne Belege zu bringen. Von den vielen populären Feuilletons ganz zu schweigen, die unentwegt Herrn Alfons Bertillon zum Vater der Daktyloskopie stempeln, obwohl er als ihr Gegner bezeichnet werden kann.

Heindl hat auch hier den direkten, wenn auch nicht gerade „nächsten" Weg gepählt, indem er nach China und Indien ging und dort Quellenstudien anstellte. Das Ergebnis dieser Studien ist, daß bereits in vorchristlicher Zeit den Chinesen der Identifizierungswert der Fingerabdrücke bekannt gewesen sein muß. Anhaltspunkt hierfür liefert das Wert „Tie-hintsang tao" des chinesischen Archäologen Liu Tie hün. Aus einem späteren Abschnitt der chinesischen Geschichte, aus der Tenzperiode (618—908 n. Chr.), zitiert Heindl ein um 650 n. Chr. geschriebenes Buch des Kia Kung-yen, in dem ausdrücklich erwähnt ist, daß die Chinesen jener Zeit das Fingerabdruckverfahren anwendeten, um Identitätsschwindeleien zu verhüten. In dem Kapitel „Der Fingerabdruck im chinesischen Kriminalprozeß der Sungperiode (906—1278 n. Chr.)" werden ebenfalls wertvolle Beweise für das Alter der Daktyloskopie erbracht, und die folgenden Abschnitte verfolgen die Entwicklung des Verfahrens bis 1850, d. h. bis zu jener Zeit, in der der erste Europäer, der in Indien beamtete Sir William Herrschel seine daktyloskopischen Versuche begann — Versuche, über die Heindl Abschriften aus indischen Regierungsakten veröffentlicht. So ist im historischen Teil des neuen Heindlschen Werkes erstmals ein gründlicher Nachweis dafür erbracht, daß die Daktyloskopie ein durch jahrhundertelange Erfahrung erprobtes Verfahren ist, das man guten Gewissens zur Grundlage einer Verurteilung machen kann. Auch die übrigen neun Teile des Buches, die zunächst die technischen Einzelheiten der Daktyloskopie behandeln und dann die Anthropometrie, die kriminalistische Photographie und eine Reihe anderer technischer Verfahren der Kriminalpolizei erörtern, bieten eine Fülle neuer Forschungsergebnisse und zeigen, daß Heindl Autorität auf diesen Gebieten ist. Selbst der beste Kenner der kriminalistischen Literatur, selbst der Fachmann, der sich seit Jahren mit den in Betracht kommenmen Fragen befaßt, erfährt fast auf jeder Seite Einzelheiten, die ihm bisher unbekannt waren, und erhält Anregungen, die ihm für die Praxis außerordentlich wertvoll sein werden. Heindl hat als erster in Deutschland die Verwendung der Fingerabdrücke zur Namensfeststellung rückfälliger Verbrecher amtlich angeregt. Diese Anregung hatte allerdings keinen praktischen Erfolg: der erste daktyloskopische Erkennungsdienst Deutschlands ist vielmehr von der Polizeidirektion Dresden geschaffen worden, während die von Heindl in München angeregten Einrichtungen erst mehrere Jahre später verwirklicht wurden. Jetzt bietet Heindl — ebenfalls als erster — eine lückenlose Gesamtdarstellung aller historischen, physiologischen, technischen, juristischen und organisatrischen Fragen des kriminalpolizeilichen Identifizierungswesens und diesmal bleibt ihm der Erfolg nicht versagt: das beweist die Aufnahme des Buches in der deutschen und ausländischen Fachpresse, die es mit Recht als das beste einschlägige Werk bezeichnet. Das ist in der Tat und vor allem ein Werk, das selbst den zweifelsüchtigsten Richter und Geschworenen Europas von der Beweiskraft der Daktyloskopie überzeugen wird.

Zweites Blatt der Castroper Zeitung

Nr 41. Rauxeler Neueste Nachrichten. • Bladenhorster Tageblatt. Samstag, den 18. Februar

Elternhaus und Schule.

Nennt sich die neue Beilage, von der unserer Leser mit der vorliegenden Ausgabe unserer Zeitung die erste Nummer erhalten. Ihre Aufgabe soll es sein, die mannigfachen Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus zu hegen und zu pflegen, um dadurch im Jahrhundert des Kinders einen Baustein zur Förderung des Erziehungswesens beizutragen. Darüber hinaus soll die neue Beilage ausführlicher als es im beschränkten Raum des rein politischen Teiles möglich ist, über die gerade heute so besonders wichtigen Schulfragen und Schulreformen unterrichten und Stellung zu ihnen nehmen. Wir sind gewiß, daß unsere Leser diese Erweiterung der Aufgaben, die wir uns in ihrem Interesse steckten, freudig begrüßen und in „Elternhaus und Schule" manche nützliche, praktisch zu verwertende Belehrung und Aufklärung erhalten werden. Da diese Beilage ganz aus der Praxis für die Praxis geschaffen werden soll und wir als politische Tageszeitung mit ihr bewußt Neuland betreten, so sind uns Beiträge aus den Reihen der Lehrer- und Elternschaft jederzeit herzlich willkommen. Wer in Erziehungsfragen etwas zu sagen weiß, soll in „Elternhaus und Schule" eine geeignete Plattform finden.

Aus Stadt und Land.

* **Das Finanzamt in Dortmund** veröffentlicht in der vorliegenden Ausgabe unserer Zeitung eine „Oeffentliche Aufforderung" an die Steuerpflichtigen, auf die besonders aufmerksam gemacht sei.

☿ **Die Umsatzsteuer ist bei der Einkommensteuer abzugsfähig.** Nach § 13 des Einkommensteuergesetzes sind vom Gesamtbetrage der Einkünfte die Werbungskosten in Abzug zu bringen. Zu den Werbungskosten gehören auch Ertragssteuern sowie solche öffentlichen Abgaben, die zu den Geschäftsunkosten zu rechnen sind. Der Reichsminister der Finanzen vertritt in einem Runderlaß an die Landesfinanzämter die Ansicht, daß die von dem Steuerpflichtigen entrichtete Umsatzsteuer zu den öffentlichen Abgaben gehört und daher, soweit sie zu den Geschäftsunkosten zu rechnen ist, abzugsfähig ist. Der Abzug ist von dem Einkommen desjenigen Kalender- bezw. Geschäftsjahres zu machen, in dem die Umsatzsteuer fällig geworden ist, d. h. zu zahlen war. Ist auf Grund der später stattfindenden Veranlagung ein Betrag an Umsatzsteuer nachzuzahlen, dann ist der nachzuzahlende Betrag von dem Gesamtbetrage der Einkünfte des Jahres abzusetzen, in dem die Nachzahlung fällig ist. Soweit die vorausbezahlte Umsatzsteuer nach der Veranlagung zurückgezahlt oder soweit einem Verfügungsanspruch des Steuerpflichtigen stattgegeben wird, sind die zu erstattenden Beträge vom steuerbaren Einkommen abgesetzt dem Einkommen desjenigen Jahres, in dem die Erstattung erfolgt, wieder hinzuzurechnen.

△ **Die Städtische Lesehalle** ist wieder regelmäßig werktäglich von 10—12 und 4—8 Uhr geöffnet, nachdem sie einige Tage wegen Erkrankung der Bibliothekarin unregelmäßig geöffnet war. Außerdem sind die Lesehalle und die Bücherausgabe jeden 2. und 4. Sonntag im Monat von 10 Uhr geöffnet. Auf Wunsch des Volksbildungsausschusses werden die Leser gebeten, beim erstmaligen Besuch der Lesehalle Namen, Beruf und Wohnung in die ausliegende Liste einzutragen.

♂ **Die Deutsche Volkspartei,** Ortsgruppe Castrop, hält morgen nachmittag 5 Uhr im Luegschen Saale eine Versammlung ab, in der Studienrat Wagener-Dortmund über die Aufgaben und Ziele der volksparteilichen Jugendgruppen sprechen wird. Da die hiesige Ortsgruppe die Gründung einer Jugendabteilung plant, so sind zu der Veranstaltung neben den Parteimitgliedern, besonders auch Jugendliche, welche für die vorgesehene Gründung Interesse haben, herzlich willkommen. Die Wichtigkeit der Angelegenheit und die weitere Tagesordnung: Wahlen, Organisationsfragen, Rechnungslage usw. sollten jeden Anhänger der Deutschen Volkspartei veranlassen, einen Sonntagnachmittag dem Parteideal zu opfern und zur Versammlung zu erscheinen.

G. D. A. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die für Sonntag, den 19. d. Mts., im Saale des Wirts Haller vorgesehene öffentliche Versammlung umständehalber verschoben werden muß.

⊙ **Der Theaterabend** der Jugendabteilung des Gewerbevereins christl. Bergarbeiter findet morgen abend bei Lueg statt und nicht wie vor längerer Zeit mitgeteilt wurde, im kath. Gesellenhause.

✉ **Ziel- und planlos** trieb sich auf dem Castroper Bahnhof ein Fürsorgezögling umher, der aus der Anstalt in Wettringen entsprungen war. Er wurde von der Landjägerei aufgegriffen und dem Polizeigefängnis zugeführt.

✉ **Bücherzettel.** In Versenderkreisen besteht vielfach die Ansicht, daß „Bücherzettel" in Kartenform, wie sie zur Bestellung von buchhändlerischen Werken, Büchern usw. verwandt werden, als „Drucksachenkarten" zur ermäßigten Gebühr von 40 Pfg. versandt werden können. Das ist ein Irrtum. Die „Drucksachenkarten" bilden eine Versendungsart für sich; in ihrem Wortlaut dürfen keinerlei Zusätze oder Abänderungen handschriftlich oder auf mechanischem Wege gemacht werden. „Bücherzettel", die als offene Karten oder unter Umschlag oder Band eingeliefert werden können, müssen auf der Vorderseite die Angabe „Bücherzettel" tragen. Es ist gestattet, auf ihnen die bestellten oder angebotenen Werke handschriftlich oder mechanisch zu bezeichnen und die gedruckten Mitteilungen ganz oder teilweise zu streichen oder zu unterstreichen sie sind nur gegen die gewöhnliche Drucksachengebühr von 50 Pfg. zur Beförderung zugelassen.

Amt Rauxel.

△ **Rauxel.** (Der Gemeinnützige Bauverein) für das Amt Rauxel hält heute abend 6 Uhr im Ratskeller eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Da sehr wichtige Angelegenheiten auf der Tagesordnung stehen, so ist das Erscheinen aller Mitglieder der Genossenschaft dringend erwünscht.

⊡ **Rauxel.** (Befördert.) Der Telegraphensupernumerar Herr Trockel — gen. Mais wurde durch Erlaß des Wehrministers vom 27. Januar 1922 zum Leutnant der Reserve befördert.

Zulassung erhöhter Steuerabzüge für Kriegsbeschädigte.

Das Finanzamt Münster hatte im Einvernehmen mit den Landesfinanzämtern Köln, Düsseldorf, Kassel und Hannover die Aufgabe übernommen, durch Verhandlungen mit den Fürsorgestellen und den Verbänden der Kriegsbeschädigten allgemeine Richtlinien für die Zulassung erhöhter Abzüge (Werbungskosten) für die Kriegsbeschädigten aufzustellen, die von dem Gesamtbetrage der Einkünfte abzusetzen sind. Es sind folgende Abmachungen vorbehaltlich der Stellungnahme der Vergetroffen: Anstelle der im § 46 Abs. 2 Ziffer 3 des Gesetzes vom 11. Juli 1921 erwähnten 1800 Mk. gelten folgende Sätze:

1. Für innerlich Beschädigte, Bein- und Armamputierte, nichtamputierte Prothesen- und Apparateträger, einseitig Erblindete: a) bei Renten für Erwerbsunfähigkeit bis zu 30 % jährlich 1600 Mk. (also nur der im Gesetz vorgeschlagene Satz); b) bei Renten für Erwerbsunfähigkeit von 31 bis 50 % jährlich 20 % des Bruttoverdienstes; c) bei Renten für Erwerbsunfähigkeit von 51 bis 70 % jährlich 25 % des Bruttoverdienstes; d) bei Renten für Erwerbsunfähigkeit von 71 bis 100 % jährlich 35 % des Bruttoverdienstes.

2. Für doppelseitig Erblindete (Verdienst im allgemeinen verhältnismäßig gering): 40 % des Bruttoverdienstes, mindestens aber jährlich 5000 Mk.

Diese Festsetzungen umfassen sämtliche Abzüge nach § 13 Abs. I des Einkommensteuergesetzes, insbesondere sämtliche Werbungskosten, die Fahrkosten, den Mehrverschleiß an Anzügen, Hemden, Unterwäsche, Strümpfen und Schuhen, die Stärkungsmittel, Führerhund einschl. Tierarzt und Arznei für den Hund und das Scheren desselben; ferner für die „sehende Hilfe" und Punktschriftliteratur. Sie sollen Berücksichtigung finden bei der allgemeinen Veranlagung, tunlichst rückwirkend vom Rechnungsjahr 1920 ab, sowie ferner beim Lohnabzug anstelle des im § 46 Abs. 2 Ziffer 3 des vorgesehenen Jahresbetrages von 1800 Mk. Für kürzere Entlohnungen gelten die entsprechenden Sätze. Sie sollen aber weder beim Lohnabzuge noch bei der Veranlagung eine Berücksichtigung der dann aber einzeln und genau nachzuweisenden höheren Beträge ausschließen. Die Regelung gilt vorläufig bis zum Rechnungsjahr 1922 einschließlich. Das Landesfinanzamt Hannover ist der vorstehenden Regelung für die Finanzämter seines Geschäftsbereiches beigetreten, welche demnach zu verfahren haben.

Der obige Artikel wird vielen Kriegsbeschädigten ein willkommener Anlaß sein, das Rechtsmittel der Berufung gegen die Veranlagung für 1920 einzulegen, „schon lange sehnsüchtig erwarteten und bestellten Steuerbriefe werden augenblicklich im Rauxeler Postbezirk zugestellt. Es dürfte den in Frage kommenden Kriegsbeschädigten zu empfehlen sein, die vierwöchige Einspruchsfrist zu wahren und mündlich oder schriftlich unter Angabe der Steuerlisten-Nummer beim Finanzamt Dortmund in Dortmund, Leipzigerstraße 23, den Ermäßigungsantrag zu stellen.

Turnen, Spiel und Sport.

An die Sportvereine!

Sportvorschauen, die für die Samstagsausgabe unserer Zeitung bestimmt sind, müssen kurz und sachlich gehalten sein. Alle überflüssige Vereinslobhudelei, die jeden Fernstehenden als „Eigenlob" unangenehm an das bekannte Sprichwort erinnert ist zu vermeiden. Dadurch wird der Sportsache nur geschadet. Die Sportvorschauen müssen künftig bis spätestens Freitag morgen 10 Uhr im Besitze unserer Schriftleitung sein, andernfalls können sie keine Aufnahme mehr finden.

Berichte über den Spielverlauf sind ebenfalls rein sachlich und streng objektiv abzufassen. Es darf hier nicht nach dem Satze verfahren werden: „Jede Mutter lobt ihre Butter!" Der Verein, welcher berechtigte Kritik und sogar Selbstkritik scheut, streut seinen Mitgliedern Sand in die Augen, setzt seine Sportkollegen unberechtigter Weise herab und täuscht bewußt die Oeffentlichkeit. Da in der letzten Zeit häufiger gegen diese Forderungen gesündigt wurde, so sehen wir uns genötigt, in Zukunft die Anonymität bei den Sportberichten aufzugeben und jeden Spielbericht mit dem Namen des Einsenders zu veröffentlichen, der dann auch der Oeffentlichkeit gegenüber die Verantwortung für seine Ausführungen hat. Wir folgen damit dem Vorbilde der „Köln. Ztg.", die sich aus ähnlichem Anlasse zu der gleichen Maßnahme veranlaßt sah. Wir wollen damit nur dem Sportinteresse dienen und hoffen, daß sich dadurch in Zukunft Auseinandersetzungen zwischen Sportvereinen wie die nachfolgende vermeiden lassen:

Es ging uns nachstehendes Schreiben zu:
(Satz 1.9)

Zum Bericht vom 14. d. Mts.

Anscheinend hat der Berichterstatter gar kein fußballsportliches Verständnis, oder er ist sich nicht bewußt als „Kritiker" so objektiv wie möglich, sein zu müssen. Vereinsinteressen können auf diesem Wege nicht gefördert werden und werden durch solche Berichte, über die jeder Zuschauer lächelt, nur gefährdet. Weiß doch jeder, der dieses Spiel sah, daß nicht „Massel", wie der Kritikus sagt, sondern die rein technische Ueberlegenheit des B Klassenführers, der von 14 Meisterschaftsspielen 13 Siege für sich buchte und das 14. unentschieden spielte, (augenblickliches Torverhältnis 61:7) auch dieses Spiel gegen eine sehr körperliche, nach der Vorschau verstärkte Mannschaft, trotz Fehlens seines Mittelstürmers und Mittelläufers, sicher entschied.

Zur weiteren Aufklärung für den Schreiber sei, da es ihm ja noch nicht bekannt ist, gesagt, daß die 3. Mannschaft des Sportvereins Sodingen bereits am 11. Dezember v. Js. mit einem 6:0 Sieg ihr zweites Serienspiel ausgetragen hat.

16. Februar 1922. Kielholz.

C. S. V. 02 — Sp. u. Sp. Gerthe.

Ein Gesellschaftsspiel! Spiel und Sport [illegible] weilt nach langer Zeit einmal wieder in Castrop. Spiele obiger Mannschaften in früheren Jahren [illegible] stets einen interessanten Verlauf und hatten eine Zuschauermenge aufzuweisen. Der letzte 2:1Sieg C. S. V., wo so manche Wette (E.) fehlging, ist [illegible] bester Erinnerung. Wir zweifeln nicht daran, daß morgige Treffen den früheren gleichstehen wird. Gäste sind in guter Form, doch dürfte der C. S. wenn auch mit knappem Resultat, sich des Gegners entledigen.

Rasensport Rauxel — Germania Datteln.

Morgen findet auf dem Sportplatz an der Alt zwischen den beiden ersten Mannschaften des [illegible] bereins Germania-Datteln und Rasensport Rauxel Rückspiel statt. Das erste Treffen konnte bekanntlich Rasensport mit 3:1 für sich entscheiden. Da beide Mannschaften in letzter Zeit außerordentlich an Spielstärke zugenommen haben, was die zuletzt gezeigten Leistungen beweisen, so dürfte ein spannender Kampf und dessen Ausgang noch völlig ungewiß ist, bevorstehen.

B. V. 11 I — T. V. Winz Baak.

B. V. 11 fährt am kommenden spielfreien Sonntag nach Winz Baak, um dem dortigen Turnverein, Führer der A-Klasse des Bochumer Bezirkes, ein Gesellschaftsspiel zu liefern. Winz Baak konnte [illegible] genen Sonntag noch gegen Bochum 06 einen [illegible] freien 5:0Sieg erzielen und stellt eine gute [illegible] Mannschaft. Der Sturm ist die Seele der Elf [illegible] dem Tore sehr gefährlich. B. V. 11 fährt [illegible] Neuaufstellung. In der Mitte steht H. Pf[illegible] sind auf das Abschneiden der B. V.'ler gespannt.

Sonstige Spiele!

Sportfreunde I — CSV. II.
Gerthe III — CSV. III
CSV. I — BV. 11 I

2 spielstarke Mannschaften werden sich morgen ein interessantes Spiel liefern. Hoffentlich enttäuscht B. V. 11 nicht, sodaß wir wirklich ein „Juxspiel" vorgeführt bekommen. Die Stärke der [illegible] liegt in dem durchschlagskräftigen Sturm und [illegible] ren Verteidigung. CSV. hat von seiner [illegible] nichts verloren und gedenkt dem Gast nicht [illegible] 2 Punkte zu schenken. Hoffentlich zeigt das [illegible] die wirklich bessere Elf ist, da der Ausgang [illegible] fens für den Meistertitel maßgebend ist.
Rasensport II — CSV. II Anstoß 9,30 Uhr
BV. 11 II — CSV. III Anstoß 9,30 Uhr

Aachener Thermalse[illegible]
beseitigt
Pickel, Mitesser, Flechte, Hautausschläge
Erhältlich in Apotheken und besseren Drogerien

Die Perlen der Eggenbrechts

Roman von Alexander von Bosse.

(Unberechtigter Nachdruck verboten)

„Ich würde die Perlen auch nicht so ohne weiteres herausgeben", meinte Therese, und nun wandte Branding sich an sie:

„Sei doch nicht töricht! Die Perlen sind Eigentum des Majorats, und Frau von Eggenbrecht muß sie ganz einfach herausgeben!"

„Nie", sagte Silvia und erhob sich und trat etwas weiter von Branding fort. Schnell erhob er sich, trat hinter seinen Stuhl und stützte die langen, schmalen weißen Hände auf dessen Lehne.

„Also wollen Sie den Schmuck unter allen Umständen behalten?" fragte er im Ton eines Untersuchungsrichters.

„Unter allen Umständen!" erwiderte sie.

„Liegt Ihnen viel an dem kostbaren Schmuck?" fragte er mit einem Lächeln, das sie als Beleidigung empfand, und ihre Augen blitzten, als sie stolz erwiderte:

„Absolut nichts, soweit es ein kostbarer Schmuck ist! Aber ich kann Achims letzten Wunsch nicht entgegenhandeln!"

„Dann werden Sie sich die größten Widerwärtigkeiten zuziehen!"

„Sei es!"

„Zunächst einen kostspieligen und peinlichen Prozeß, den Sie unbedingt verlieren werden."

„So laß es darauf ankommen. Vielleicht gewinnt sie ihn", mischte Therese sich ein.

„Ausgeschlossen!" entschied Branding. „Und ein solcher Prozeß würde, da es sich um ein Objekt von so hohem Wert handelt, Unsummen verschlingen: das muß ich, als Frau von Eggenbrechts Berater und als Vormund ihres Kindes, zu verhüten suchen."

„Der Prozeß würde auch ganz unnütz sein", erklärte nun ganz naiv Silvia, „denn auch wenn ich ihn verlieren sollte, würde ich die Perlen nicht herausgeben!"

„Das ist doch kindisch!" entfuhr es Branding, und Therese lachte amüsiert:

„Liebes Kind, dann würde bei dir gepfändet werden. Gerichtspersonen würden erscheinen . . ."

„So sollen sie kommen!" fiel Silvia ein. „Soll man mir doch die Perlen gewaltsam nehmen, freiwillig gebe ich sie nicht heraus — nie! Ich habe Achim auf das Leben meines Kindes gelobt, sie niemals herauszugeben, und nie werde ich es tun!"

Für Silvia war die Perlenangelegenheit mit dieser Erklärung abgetan, sie setzte sich auf das kleine Sofa neben Therese und bot ihr Zigaretten an.

„Du hast heute noch gar nicht geraucht, ich vergaß", sagte sie mit dem Schein eines Lächelns, aber die Hand, die die Zigaretten anbot, zitterte leicht. Therese nahm eine, entzündete sie und legte dann den Arm um Silvia, als wollte sie die Freundin ihres Schutzes versichern.

Silvia sah entzückend aus mit den vor Erregung gerötenen Wangen, und Therese bemerkte, daß dies auch Leo Branding nicht entging. Noch stand er hinter seinem Sessel, seine Hände glitten langsam auf dem polierten Holz der Lehne auf und ab, und unter den halbgesenkten Lidern glühten seine grauen Augen wie unter Asche glimmendes Feuer. Es lag verhaltene Leidenschaft in diesem Blick, und Therese erschrak.

Er liebt sie! —

Nach kurzer Pause begann Branding wieder zu sprechen: er wählte sehr vorsichtig seine Worte und sprach mit gedämpfter Stimme:

„Sie waren doch gewiß allein mit Ihrem Mann, als er Ihnen die Perlen schenkte, gnädige Frau. Sie haben keine Zeugen, die Ihre Angaben bestätigen könnten, falls diese Angaben angezweifelt werden würden, nicht wahr?"

Silvia stutzte, blickte ihn an, sagte aber nichts und er fuhr fort:

„In dem Prozeß würden Sie den Umstand, daß Sie sich in dem Besitz der Perlen befinden, nur durch Ihre Behauptung erklären können: Achim habe Ihnen die Perlen geschenkt. Durch nichts sonst. Sie würden keinerlei Beweise für die Wahrheit Ihrer Behauptung anführen können, falls man Anklage gegen Sie erheben sollte, daß Sie sich in unrechtmäßiger Weise . . ."

„Sie glauben doch nicht, daß ich —" fuhr Silvia ganz entrüstet auf, und rasch unterbrach Branding sie:

„Von mir spreche ich nicht! Ich bezweifle selbstverständlich Ihre Angaben nicht, aber die Welt, liebe gnädige Frau, die Gerichte, vor allem Ihr Prozeßgegner wird das wahrscheinlich tun."

„Wolf Eggenbrecht sicher nicht!" warf Therese ein. Branding streifte sie mit mißbilligendem Blick.

„Herr von Eggenbrecht würde als Majoratsherr einfach nur seine Schuldigkeit tun, wenn er alle Mittel anwendet, um die Perlen herauszubekommen, falls seine Frau Kusine sie nicht freiwillig herauszugeben sich entschließt. Es würde das sehr peinlich für beide Teile sein. Vom Staatsanwalt könnte hier sogar Anklage auf Unterschlagung erhoben werden."

„Um Himmels willen!" rief Therese aus und Silvia wurde ganz rot vor Schreck.

„Man — wird doch nicht glauben, daß ich —" stammelte sie, „daß ich mir die Perlen eigenmächtig nahm um mich daran — daran zu bereichern?!"

Er zuckte die Achseln, ein überlegenes Lächeln umspielte seine schmalen Lippen.

„Sie würden sich solchen Verdacht aussetzen, gnädige Frau, wenn Sie es auf einen Prozeß ankommen ließen," erklärte er kühl. „Bedenken Sie, daß in Achims Testament die Perlen überhaupt nicht erwähnt sind, aus der Liste sind sie nicht gestrichen, und Zeugen für Ihre Behauptung haben Sie nicht! Sie waren allein bei dem Sterbenden, er war hilflos — gelähmt . . ."

„O, höre auf!" unterbrach ihn Therese, die fühlte, wie Silvia zu zittern begann, aber er zuckte nur wieder die Achseln.

„Das sind Tatsachen, die schwer ins Gewicht fallen werden, darauf muß ich Frau von Eggenbrecht aufmerksam machen. Man wird Ihre Angaben, gnädige Frau, schon deshalb anzweifeln, weil es sich um ein Schmuckstück von so hohem Wert handelt. Man wird anführen, daß ein Mann wie Achim Eggenbrecht, der in allen, besonders in den das Majorat betreffenden Rechtsgrundsätzen durchaus unterrichtet war, unmöglich in der von Ihnen angegebenen Weise über einen Gegenstand von so hohem Wert habe verfügen können."

„Aber er wollte ja sein Testament noch ändern! Er wollte auch in der Liste . . ."

„Das können Sie so erklären, aber nicht beweisen!" unterbrach er ihre mit stockender Stimme vorgebrachte Einwendung.

Er ist wie eine Schlange, die langsam ihr Opfer umkreist, dachte Therese, und eine Art Spannung ergriff sie ihrer: Wird es ihm gelingen, Silvia zur Herausgabe der Perlen zu bestimmen? . . .

Er stand noch immer hinter seinem Sessel, seine langsam glitten seine schmalen Hände mit den langen, elastischen Fingern streichelnd über das polierte Holz der Lehne. Silvia mußte immer auf diese Hände sehen, und es war ihr zumute, als wären es Hände, die danach trachteten, ihr den Schmuck zu entreißen, dessen Besitz ihr heilig geworden war durch die Art, wie er ihr übergeben wurde. Und sie schloß die Augen, um diese Hände nicht mehr zu sehen, aber glaubte, als sie den Kopf neigte, daß sie sich bereits anschickte, nachzugeben.

„Natürlich", sprach er weiter, „dürfen wir es nicht weit gar nicht kommen lassen, und deshalb ist es unbedingt nötig, die Perlen unverzüglich auf einer Bank zu deponieren, bis die Sachlage völlig geklärt sein wird."

Er war entschlossen, es zu erreichen, daß Silvia womöglich noch heute die Perlen an ihn auslieferte, und dann war das Spiel gewonnen.

Es entstand eine Pause. Branding wartete und blickte Silvia an. Sie saß zurückgelehnt und starrte vor sich hin ins Leere, als wäre sie mit ihren Gedanken weit fort. Therese war ganz Spannung.

Hatte er erreicht, was er wollte? . . .

Da sagte Silvia leise, und es war, als spräche sie zu sich selbst, langsam schüttelte sie dazu den Kopf:

„Ich kann sie nicht hergeben . . . ich kann mein Wort nicht brechen!"

Therese atmete auf, nickte befriedigt: es freute sie, daß Leo Branding seinen Willen nicht erreicht hatte, nur weil sie ihm die Niederlage gönnte. Er aber machte eine Bewegung der Ungeduld, verließ sein Platz hinter dem Sessel und trat an den Tisch näher an Silvia heran. Leise und scharf fragte er:

„Wenn Ihnen aber bewiesen wird, daß Achim nicht das Recht hatte, über Perlen zu verfügen? Wenn Sie das werden einsehen müssen?"

„Auch dann nicht! Ich kann ja nicht!"

„Das ist Unsinn!" entfuhr es ihm, und Silvia erhob sich rasch, und blickte ihn stolz an.

(Fortsetzung folgt.)

...richten aus Westdeutschland.

...Wattenscheid. (Ein „schwerer" Diebstahl.) ...er Polizei wurde ein mit über 3000 Kilo Eisen- ...essingteilen voll beladenes Auto in dem Augen- ...eschlagnahmt, als es abfahren wollte. Das Me- ...ar auf der Zeche Holland gestohlen worden. Es ...en sich darunter Wellen, die von vier Personen ...zu heben waren.

...Kirchhellen. (Neue Zeche.) Seit einigen Tagen ...n an der Nordgrenze von Grafenwald umfangreiche ...ssungen statt. Es handelt sich um die Anlage der ...e Zeche, für die die Bahrungen gegenwärtig vor- ...mmen werden. Ein Teil der Waldungen muß ab- ...olzt werden, um das Gelände für Koloniebauten frei- ...achen. Mit den Bauarbeiten soll noch im Laufe ...Frühjahrs begonnen werden.

...Siegen. (Die Wildschweinplage.) In ...Wegend von Daaden hatte die Wildschweinplage sehr ...hand genommen. Durch starken Abschuß ist den ...ädlingen allerdings schon erheblich Abbruch getan ...eden. Seit Ostern sind in verschiedenen Jagdbezirken ...t weniger als 45 Wildschweine erlegt worden.

...Neheim. (Wilde Schwäne auf der Ruhr.) ...weit des Sägewerks wurden in den letzten Tagen ...der Ruhr vier wilde weiße Schwäne beobachtet. In ...heren Zeiten war in strengen Wintern das Wild nicht ...ten. Vor drei bis vier Jahrzehnten wurden mehrfach ...lde Swäne auf der Ruhr erlegt.

...Lüdenscheid. Zur Nachahmung!) Um der ...ohnungsnot in etwa zu steuern, beschloß die letzte ...tverordnetenversammlung den Neubau von 60 ...zimmerwohnungen, während noch 24 Wohnungen ...teils zwei, teils drei und teils vier Zimmern im ...begriffen sind Um die gemeinnützige Bautätigkeit ...fördern, wurden dem Bauverein für jedes Quadrat- ...r Wohnfläche 1600 Mark Zuschuß von der Stadt ...illigt Auch ist die Industrie nicht abgeneigt, unter ...issen Bedingungen, über die noch verhandlungen ...der Stadt schweben, 50 Wohnungen zu errichten.

...Barle bei Wüllen. (Eine „wildgewor- ...e" Kuh) trieb sich seit einigen Tagen hier und in ...Bauerschaft Dömern umher. Heute sah man sie hier ...morgen in einer anderen Ecke. Manche Kinder, die ...der Schule nach Hause zurückkehrten, sind oft in ...t geringen Schrecken geraten. In den vorigen Ta- ...nun gelang es, die Kuh zu stellen und durch einige ...üsse niederzustrecken. Da der Eigentümer der Kuh, ...„Allg. Ztg.", vorläufig nicht festgestellt werden ...te, so wurde die Kuh ausgehauen und das Fleisch ...bietend verkauft.

...Hörsten bei Vörden. (Einen bedeutenden ...Lust) erlitt in voriger Woche Hofbesitzer Bünge- ...adurch, daß er ein Pferd im Werte von ca. 25 000 ...notschlachten mußte. Zwei in einem Stalle unter- ...achte Pferde müssen sich wohl während der Nacht- ...gebissen haben, denn am anderen Morgen fand man ...Zunge des einen Pferdes ausgerissen, am Boden ...nd vor. Der sofort herbeigerufene Tierarzt konnte ...weiter helfen und ordnete die Notschlachtung an.

...nglück.) Zu dem Eisenbahnunglück, das sich am ...Februar auf dem hiesigen Bahnhof ereignete und das ...Menschenleben kostete, schreibt die Ortsgruppe Dü- ...der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer u. a. ...ues: Ueber die Ursache laufen in der Stadt die ...n Gerüchte um. Das Unglück ist allein auf Ver- ...der Luftdruckbremse zurückzuführen und diesem ...rum auf die Kälte. Bis Elsdorf hatte die Bremse ...os gearbeitet. Die Untersuchung hat ergeben, daß ...okomotivführer die Vorschriften über die Unterhal- ...der Luftdruckbremse genau befolgt hat. Auch haben ...notivführer sowie Heizer, trotzdem sie ihr Leben in ...hr sahen, die Lokomotive vor dem Unglück nicht ...ssen.

...Elberfeld. (Die Eisenbahndirektion El- ...erfeld) schreibt: „Die Reichsgewerkschaft deutscher ...bahnbeamter und -Anwärter verbreitet neuerdings überall aufreizende Flugblätter, in denen unter Entstellung von Tatsachen und unter maßlosen Uebertreibungen mit einem neuen Streik gedroht wird. Es wird in dem Flugblatt von vielen Zehntausenden von Beamten gesprochen, die gemaßregelt werden sollen. Wie unzutreffend diese Behauptung ist, geht daraus hervor, daß im Bezirk Elberfeld, der rund 14 000 Beamte und rund 21 000 Arbeiter, im ganzen also rund 35 000 Köpfe umfaßt, bisher nur 5 Beamte durch Kündigung entlassen und gegen 9 weitere Beamte das Disziplinarverfahren eröffnet ist. Es scheint aber als ob nach Ansicht der Reichsgewerkschaft noch nicht genug Schaden an der Allgemeinheit geschehen ist und als ob es nötig wäre, noch neues Unheil über das deutsche Volk heraufzubeschwören. Zu hoffen bleibt nur, daß an dem gesunden Sinn der Mehrheit der Beamten diese neuen Hetzereien wirkungslos abprallen werden."

* Düsseldorf. (Der rheinische Provinzial-landtag. Der Provinzialausschuß hat beschlossen, bei der Staatsregierung zu beantragen, den Provinzial-landtag auf den 14 März einzuberufen. Die Tagung, in der auch die Wahl des neuen Landeshauptmannes vorgenommen werden dürfte, wird nur von kurzer Dauer sein, da zur Festsetzung des Haupthaushalts-planes der Provinziallandtag im Juni oder Juli aufs neue zusammentreten soll. Bis dahin dürften die Steuergesetzgebung und die Finanzlage der Gemeinden besser zu überblicken sein. Nach den vorläufigen Ermittelungen wird der Bedarf der Provinzialverwaltung für das nächste Verwaltungsjahr auf 474 Millionen Mk. veranschlagt gegen 297 Millionen Mk. im laufenden Verwaltungsjahr. Eine Erhöhung der Provinzialumlage, die jetzt 162 Prozent beträgt, wird bei solcher Steigerung der Ausgaben nicht zu umgehen sein.

*Kreuznach. (Eine kleine Erbschaft.) Das Konsulat teilte der Familie Cösser in Meisenheim mit, daß ihr seinerzeit nach Aermika ausgewanderter Bruder unter Hinterlassung von 80 000 Dollar kinderlos verstorben sei. Diese kleine Erbschaft macht nach heutigem Kurse glatt 16 Millionen Mark aus.

Aus aller Welt.

Eine lakonische Antwort.

Zwischen dem Königsberger Polizeipräsidenten Lübbring, der sich politisch zur Sozialdemokratie rechnet, und der deutschnationalen „Ostpreußischen Zeitung" schwebt seit langem ein heftiger politischer und persönlicher Streit. Einer de Redakteure der „Ostpreußischen Zeitung" wurde vor einigen Tagen wegen Beleidigung Lübbrings zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Aber ein so hoher Beamter, wie es der Polizeipräsident der Großstadt Königsberg ist, müßte sich auch Zurückhaltung auferlegen. Lübbering hat aber in dem sozialdemokratischen Blatte von Königsberg einen Brief veröffentlicht, der mit den Worten schloß:

„Ich möchte aber Herrn Bül (dem verantwortlichen Redakteur der Ostpreußischen Ztg.) auch über meine geheimsten Gedanken nicht im Zweifel lassen und empfehle Ihnen deshalb noch das Studium des Götz von Berlichingen."

Sechs deutschnationale Abgeordnete Ostpreußens fragten im Landtag das preußische Staatsministerium, ob dieser Satz dem Amtsstil der heutigen Regierungsbeamten entspricht.

Daraufhin wird jetzt im Landtag folgende Drucksache Nr. 2005 ausgegeben:

Preußischer Landtag.
1. Wahlperiode.

Antwort

auf die kleine Anfrage Nr. 421 der Abgeordneten Wormit, Krischik, von Plehwe, Frau Deutsch, Dr. Preyer und Dr. Seelmann. Drucksache Nr. 1673*)

Der Minister des Innern
C 4376 I II

Berlin, den 1. Februar 1922.
Eingegangen 4. Februar 1922.

An
den Herrn Präsidenten des Landtages.

Nein,

Severing.

*

Wir sind zwar auch für „In aller Kürze", aber ein wenig mehr muß Minister Severing schon erklären. Er billigt einen solchen amtlichen Hinweis auf Götz von Berlichingen nicht. Zum mindesten konnte aber erwartet werden, daß der Minister dem Untergebenen seine Mißbilligung erklärte und dies auch den anfragenden Abgeordneten bekanntgibt.

Spielplan des Dortmunder Stadttheaters

Montag, 20. Febr. (7—9¼ Uhr „Erdgeist". Tragödie von Franck Wedekind.

Dienstag, 21. Febr. (7—10 Uhr) „Madame Butterfly". Musikdrama in 3 Aufzügen von Giacomo Puccini. Vorverkauf Sonnabend.

Mittwoch, 22. Febr. (7—9¾ Uhr) Neuheit. Zum 1. Male „Der Wettlauf mit dem Schatten". Schauspiel in 3 Aufzügen von Wilhelm Scholz. Vorverkauf Sonntag.

Donnerstag, 23. Febr. (6—10½ Uhr) „Siegfried". Handlung von Richard Wagner. Vorverkauf Montag.

Freitag, 24. Febr. (7—9¼ Uhr) „Der Störenfried." Lustspiel von Roderich Benedix. Vorverkauf Dienstag.

Sonnabend, 25. Febr. (7—10¼ Uhr) „Der Postillon von Lonjumeau". Komische Oper von Adolph Karl Adam. Hierauf: „Tänze." Vorverkauf Mittwoch.

Sonntag, 26. Febr. (3—5½ Uhr) Geschlossene Vorstellung. (7—9¾ Uhr) „Rigoletto". Oper von Giuseppe Verdi Vorverkauf Donnerstag.

Geschäftliches.

Großes Milchlager in Bochum.

Dairymen's League Co-Operative Association, Inc., Newyork ist eine Genossenschaft von Milchfarmern, die als solche schon seit 1907 besteht und die Herstellung von Dosenmilch, Milchpulver, Käse und anderen Milchprodukten aus der von den Mitgliedern gelieferten Frischmilch betreibt, aber deren Export erst jetzt selbst aufgenommen hat. Dadurch ist der amerikanische Zwischenhandel ausgeschaltet und der Weg von der Produktion zum Konsum wesentlich verkürzt und verbilligt. Heute gehören der Dairymen's League bereits gegen 100 000 Milchfarmer an, sie ist die größte Organisation dieser Art in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und die größte Milchlieferantin der Welt. Dabei wächst ihre Mitgliederzahl ständig, ebenso wie sie immer mehr der bestehenden Meiereien und Fabriken aufnimmt. So hat sie heute bereits einen Teil der Anlagen der bekannten Nestle Gesellschaft übernommen. Da die Anlagen einerseits auf das ganze Liga-Gebiet, wo die Produktion am größten ist, verteilt sind und längs der direkt nach Newyork führenden Eisenbahnen liegen, andererseits aber unter einer gut organisierten Oberleitung stehen, so kann so vorteilhaft wie nur möglich gearbeitet werden. Dairymen's League Milch ist die beste der Welt. Die Dairymen's League Co. hat in Bochum bei der Firma Heinrich Hoppe, Trankgasse 7, ein Fabriklager errichtet.

Gottesdienstordnung.

Kath. Kirche Castrop. 6.30 Uhr 1. hl. Messe, 7,30 Uhr 2. hl. Messe mit Predigt, 8,15 Uhr hl. Messe für die Polen, 9 Uhr Kindermesse mit Predigt, 10 Uhr Hochamt mit Predigt, 11,15 Uhr letzte hl. Messe mit Predigt, 2,30 Uhr Andacht, 5 Uhr Andacht.

Evgl. Kirche Castrop. 8 Uhr Frühgottesdienst Pastor Balster, 10 Uhr Hauptgottesdienst Pastor Bläsing, 11.15 Uhr Kindergottesdienst.

Evgl. Kirche, Gemeinschaftsbund, Amtsstr. 13. Sonntag 1 Uhr Sonntagsschule. 3 Uhr Evangelisation, 4,30 Uhr gem. Chor, Uebungsstunde, Mittwoch 6 Uhr Bibelstunde, 7,45 Uhr Jugendbundstunde.

Evgl. kirchl. Blaukreuzverein. Nachm. 3.30 Uhr Familienfeier im Gemeindehaus mit Kaffeetrinken, Ansprachen hält Pastor Wortmann, Lütgendortmund und Bundessekretär Weitmar, Aufführungen, Gesang, Vortragen von Gedichten usw. Eintritt frei. Freunde herzlich willkommen.

Kirchl. Gemeinschaft im evgl. Gemeindehaus. Sonntag Beteiligung am Jahresfest des Blaukreuz-Vereins. Mittwoch abends 7 Uhr Singstunde des gem. Chores, 8 Uhr Bibelbesprechstunde.

Evgl. Kirche Habinghorst. 10 Uhr Gottesdienst Pastor Rüping, 11 Uhr Taufen, 11,15 Uhr Kindergottesdienst.

Unsere Agenturen

befinden sich in

Habinghorst: Buchhhandlung L. Wedekind, Kronprinzenstraße 38;
Ickern: Buchhandlung Wilhelm Küper-Königstraße;
Schwerin: Buchhandlung Krawinkel-Frohlinderstraße.

Alle diese Stellen sind angewiesen

Bestellungen auf die Castroper Zeitung
Wohnungs-Ummeldungen
Reklamationen
über unpünktliche Zustellung der Castroper Zeitung entgegenzunehmen und für prompte Erledigung in allen Fällen zu sorgen.

Anzeigen aller Art

Geschäfts-Anzeigen, Familien-Anzeigen, Stellen-Angebote und -Gesuche, Wohnungs-Angebote und -Gesuche, An- und Verkäufe, Tausch-, Verloren-, Gefunden-, Heiratsanzeigen usw. werden von unseren Agenturen bereitwilligst entgegengenommen und zur Veröffentlichung in der gewünschten Ausgabe unserer Zeitung weiterbefördert.

Bei Bedarf an Drucksachen

für jeden Zweck für Geschäfte und Private stehen unsere Agenturen zur schnellsten Weitergabe an uns gerne zur Verfügung.

Wir bitten unsere Bezieher und Freunde unserer Zeitung von diesen Einrichtungen jederzeit ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Verlag der
„Castroper Zeitung"
Amtl. Organ. Fernruf 6.

Wasch-maschinen 539
eigene Fabrikation
tadellose Ausführung
billigste Preise
Ch. Hoings
(Firma: Fr. Geilmann)
Castrop Hint. d. Post.

Ein fettes 844
Schwein
und eine milchgebende
Kuh
hat abzugeben.
W. Sibbe,
Merklinde.

Getragene Kleider,
Schuhe, Wäsch etc. kauft zu hohen Preisen.
Parliewarenhaus „Zur billigen Quelle"
Biesenkampstr. 2 am Markt.

Metallbetten 3336
Stahlmatratzen, Kinderbett dir. an Priv., Kat. 90 H. frei
Eisenmöbelfabr. Suhl i. Th

Junge Katze
zu kaufen gesucht 810
S. Bredow,
Kolonialwaren,
Münsterstraße 5.

Junger Mann sucht
Kost und Logis.
Offerten unter Nr. 848 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Leeres Zimmer
sofort zu mieten gesucht.
Offerten unter 836 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Junger Mann
oder Invalide, nüchtern und zuverlässig, für Brennereiarbeiten gesucht. Meldungen vormittags. 833
D. W. Schulte-Rauxel.

Gesucht nach Bückeburg für kleine Familie (3 Pers.) ein tüchtiges 845
Mädchen
das etwas vom Kochen versteht. Meldung bei
Anna Prinz,
Gartenstraße 32.

Die Beleidigung
die ich gegen **H. O.** ausgesprochen habe nehme ich zurück. 841
W. H.

Die Perlen der Eggenbrechts

Roman von Alexandra von Bosse.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

Er hob die Schultern:

„Nun, mit seiner Leutnantszulage konnte er keine großen Sprünge machen, aber er hat sie gemacht. Uebrigens ja einerlei, jedenfalls kam er Justizrat Roßberg und mir in jeder Weise entgegen. Er ...ie sich ganz als Grandseigneur und . . ."

„...as sieht ihm ähnlich," warf Therese ein und ... Silvia vielsagend zu.

„Und," fuhr Branding fort, „wünschte, daß seiner ...n Kusine alles zukommen sollte, was man als ...ims Privatbesitz ausmachen könnte. Besitzgierig ...nt er nicht zu sein, denn er regte sich nicht sonder- ... darüber auf, als sich herausstellte, daß ein Erb- ...t von großem Wert fehlte."

„Ein Erbstück von großem Wert?" fragte Therese ...l Interesse.

„Jawohl. Wirklich sehr unangenehm! Als wir ...n Beisein zweier Gerichtspersonen den großen, amtlich versiegelten Geldschrank öffneten, fand sich in der Schatulle, die den Eggenbrechtschen Familienschmuck enthält, das alles andere an Wert übertreffende Schmuckstück nicht vor, obgleich es in der Liste aufgeführt ist."

„Was — was denn?" fragte ungeduldig Therese.

Sowohl ihr wie Branding entging es dabei, daß Silvia plötzlich errötete und voll nervöser Unruhe an ... beiden Trauringen, die als einziger Schmuck an ...er rechten Hand glänzten, zu drehen begann.

„Was fehlt denn?" drängte Therese.

„Eine Perlenschnur!" erwiderte Branding und runzelte die schwarzen Brauen, die über der schmalen Nase fast zusammenstießen. „Eine Perlenschnur im Werte von annähernd einer halben Million."

„Himmel!" stieß Therese aus.

„Einer halben Million?" kam es wie ein Hauch von Silvias Lippen.

„Außerordentlich unangenehm für mich natürlich," sprach Branding weiter und rieb nervös die Handflächen aneinander. „Zunächst verzögert es den Abschluß der Erbregulierung, denn vorher müssen die ...rlen aufgefunden, oder ihr Verlust als Tatsache festgestellt werden. Wahrscheinlich hat Achim die Perlen! — es sind das die berühmten Eggenbrechtschen Perlen! — ihres hohen Wertes wegen auf einer Bank deponiert, und der Ausweis darüber wird sich noch finden, doch ist es mir unerklärlich, wie bei der tadellosen Ordnung, die Achim in seinen Papieren hinterließ, ein so wichtiges . . ."

„Die Perlen habe ich!" sagte plötzlich mit klarer Stimme Silvia.

„Was — was sagten Sie?" fuhr Brandina zu ihr herum, und Therese schlug die Hände zusammen:

„Du — du hast sie?"

„Ja, Achim schenkte sie mir", erklärte Silvia und errötete dabei, als fühle sie sich auf einer Untat ertappt.

„Schenkte sie Ihnen?" — „Unmöglich!" murmelte Branding, dann fragte er in fast barschem Ton: „Und warum haben Sie mir das bisher verschwiegen, gnädige Frau?"

„Verschwiegen habe ich es nicht", erwiderte Silvia, abermals errötend. „Sie haben mich ja nie danach gefragt, Herr von Branding!"

„Aber wie sollte ich denn ahnen, daß Sie die Perlen haben? Die Eggenbrechtschen Perlen!"

„Finde ich nicht so wunderbar", meinte Therese. „Warum soll Herr von Eggenbrecht die Perlen denn nicht an Silvia gegeben haben?"

„Aber die sind doch Familienschmuck und so ungeheuer wertvoll, daß sie nur zu den feierlichsten Gelegenheiten von der jeweiligen Herrin von Altenwied getragen wurden," sagte Branding und wendete sich darauf wieder an Silvia:

„Sind Sie auch ganz sicher, gnädige Frau, daß die Perlen, die Sie haben, die Eggenbrechtschen Perlen sind?"

„Ganz sicher! Achim hat sie so genannt, als er sie mir schenkte", erwiderte sie.

„Und du hast sie mir nie gezeigt! Wie ich das finde!" bemerkte vorwurfsvoll Therese.

„Verschenken durfte Achim sie nicht!" sagte Branding sehr ernst. „Die Perlen sind Familienschmuck, sie sind als solcher in der Liste aufgeführt. Achim wußte das — mußte das wissen! Ihre Annahme, gnädige Frau, daß Achim Ihnen die Perlen geschenkt hat, muß auf einem Irrtum Ihrerseits beruhen. Wahrscheinlich gab er Ihnen die Perlen nach der Hochzeit, denn als Herrin von Altenwied waren Sie natürlich berechtigt, den Schmuck zu tragen."

„Nein", widersprach Silvia und ihre Stimme wurde ganz tief und zitterte ein wenig. „Achim hat mir die Perlen ausdrücklich geschenkt, weil er nicht wollte, daß die Eggenbrecht-Reiken sie erben sollten."

„Wann geschah das?"

„Am Tage seines Todes."

„Wie war das möglich? Er war fast vollständig gelähmt!"

Silvia atmete schwer auf. Sie erkannte voll Unbehagen, daß Branding ihr nicht recht glaubte, dabei drang jetzt, wo sie davon sprechen mußte, die Erinnerung an die ergreifende Szene am Sterbebett Achims mit erschütternder Gewalt auf sie ein. Sie sah im Geist alles wieder vor sich: Das große, düstere Herrenzimmer auf Altenwied und den auf seinem Lager hingestreckten sterbenden Mann, dessen starker Lebenswille gegen die Gewißheit des nahen Todes sich aufbäumte. Sie preßte die Hände zusammen, die aufsteigende innere Bewegung zu beherrschen, und mit tonloser Stimme berichtete sie.

„Achim ließ mich den Geldschrank öffnen. Ich mußte ihm die Schatulle mit dem Schmuck bringen, darauf nahm er die Perlen und gab sie mir. Ich mußte sie vor seinen Augen anlegen und ihm versprechen, sie immer an mir zu tragen. Er sagte, es seien die Eggenbrechtschen Perlen, aber sie gehören ihm, und er allein habe das Recht, darüber zu verfügen."

„Wie meinte er das?"

„Er sagte, die Perlen stammten nicht von den Eggenbrechts, sondern von seiner Urgroßmutter, einer Spanierin. Erst sein Vater habe sie in die Liste des Familienschmuckes aufgenommen, aber er werde sie wieder daraus streichen."

„Das hat er nicht getan!"

„Nein, er konnte es nicht mehr tun, weil . . ."

Silvia brach ab, zog scharf den Atem ein, und leicht zuckte Branding die Schultern, scharf ruhte sein Blick, unter den halbgesenkten Lidern hervor, auf dem blaßgewordenen Gesicht der jungen Frau.

„Auch in seinem Testament sind die Perlen nicht erwähnt," sagte er leise, und Silvia schüttelte den Kopf.

„Ich weiß. Er beabsichtigte, dem Testament noch eine Nachschrift anzufügen: er hatte ja, wie Sie wissen, den Notar bereits hinbestellt."

„Jawohl", nickte Branding. „Er hatte auch um mein Kommen gebeten. Ich kam zu spät, auch der Notar, das Testament blieb infolgedessen unverändert. Und das, gnädige Frau, ist ausschlaggebend. Würden die Perlen im Testament Ihnen als Erbe zugesprochen worden sein, dann wären Sie vielleicht berechtigt gewesen, sie als Eigentum zu beanspruchen, wenn auch die Verfügung durch den jetzigen Majoratsherrn im Namen der Familie wohl mit Erfolg angefochten worden wäre. Wie die Dinge aber jetzt liegen, haben Sie gar kein Recht auf die Perlen."

„Wie schade!" rief Therese aus.

Silvia schwieg und sah vor sich nieder, nervös drehte sie an den beiden Trauringen.

„Darf ich fragen, wie sie die Perlen verwahrt haben?" fragte Branding.

„Ich trage sie immer an mir," erwiderte sie.

„Sehr unvorsichtig!" rügte er. „Bei Verlust würden Sie für den vollen Wert haftbar gemacht werden."

Sie zuckte die Achseln.

„Ich mußte Achim versprechen, sie immer an mir zu tragen, als er sie mir schenkte."

„Nun, nach meiner Meinung kann Achim nicht mehr klaren Sinnes gewesen sein, als er das tat," sagte Branding mit Entschiedenheit. „Er mußte wissen, daß er das nicht durfte! Es war ihm unbedingt bekannt, daß ein Majoratsherr wohl das Majoratsvermögen mehren, aber daß er es nicht mindern darf."

Silvia zuckte wieder die Achseln.

„Davon verstehe ich nichts."

„Darum erkläre ich es Ihnen!" war die rasche Entgegnung Brandings und Silvia blickte auf; sie sah sehr entschlossen aus, als sie ruhig erklärte:

„Achim war damals klaren Sinnes, er wußte ganz genau, was er tat. Er wollte, daß die Perlen mit gehören sollten. Es war das sein letzter Wunsch! Die Perlenschnur sein letztes Geschenk an mich! Und im übrigen muß ich mich allein an das halten, was Achim mir darüber gesagt hat."

(Fortsetzung folgt.)

Elternhaus und Schule

Beilage zur Castroper Zeitung.

Schulreform.

Von Stadtschulrat Dr. Anders.

Jeder großen staatlichen Umwälzung ist ein Ringen um Erziehungsfragen gefolgt, das, je nachdem es sich um Sieg oder Niederlage handelt, sein besonderes Gesicht zeigte. Die Beurteilung der Schule war stets mit dem Ausgange der Vorgänge verknüpft, die ans Leben des Volkes greifen. So legte man nach 1866 dem alten Moltke das Wort in den Mund, „der preußische Schulmeister sei es gewesen, der Königgrätz gewonnen habe", und erlebe dann in den Folgejahren eine gewisse Befruchtung besonders des höheren Schulwesens. Die Jahre 1806-07 hatten Schulreformen im Gefolge, genau so wie die Aera Friedrichs des Großen, die auf die ersten beiden schlesischen Kriege folgte. So überrascht es, wie gesagt, durchaus nicht, daß auch unserer Zeit ein verstärktes Interesse für Erziehungs- und Unterrichtsfragen beschieden ist, nur daß Zeiten nationalen und wirtschaftlichen Elends dem Ganzen leider ihren unvermeidlichen Stempel aufdrücken. Man macht die Schule für den Ausgang des Krieges mitverantwortlich: Die einen bezeichnen sie als Pflegestätte des Geistes, den sie als „nationalistisch" bekämpfen zu müssen glauben, die andern bedauern, daß die deutsche Schule nicht imstande gewesen sei, das Volk mit der Einsicht und nationalen Zähigkeit auszustatten, die allein den Sieg in dem Kampf um das Dasein verbürgen konnten. Wenn man die beiden einander so entgegengesetzten Anschauungen gegenüberstellt, so springt als gemeinsames heraus, daß die Schule für die Pflege einer gewissen Gesinnung haftbar gemacht wird. Es kann in diesen Blättern gar keine Zweifel unterliegen, daß der Vorwurf der Züchtung chauvinistischer Gesinnung in der Schule nur bei Deutschen überhaupt denkbar ist. Wir haben die ganze, bittere Wahrheit des Wortes: „Der Sieger hat recht" erfahren müssen, und wir tun selbst noch ein übriges, indem wir in einer geradezu unverständlichen Sucht nach Selbstherabsetzung den Gegnern mit unserer angeblich „chauvinistisch angehauchten Erziehung" Wasser auf die Mühle liefern.

„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft". Diese Erkenntnis beherrscht heute einen wesentlichen Teil der parteipolitischen Arbeit. Den Vertretern des nationalen Gedankens braucht angesichts dieser Tatsachen nicht bange zu sein. Die Gegenwart gibt für unsere Jugend eine viel eindringlichere Lehrmeisterin ab als parteipolitische Belehrung. Es ist eine unleugbare Tatsache, daß ein sehr wesentlicher Teil unserer Jugend unter dem Drucke der schweren Zeit mit ihrer nationalen Erniedrigung sich mit tiefer Innerlichkeit der Pflege der nationalen Ziele hingibt und den „Segnungen", die manche pädagogischen Kreise der Gegenwart ihr zugedacht haben, in schärfster Ablehnung gegenübersteht. Diese Stellungnahme der Jugend ist das weitaus stärkste Hemmnis für die überreformerischen Kreise und beruht nicht etwa auf einer bestimmten Beeinflussung seitens der Lehrerkreise. In dieser Hinsicht bildet die heutige konservative Einstellung der Jugend ein bemerkenswertes Gegenstück zu der liberalen Jugend vom Jahre 1820 in den Zeiten Metternichscher Reaktion. Von diesem Gesichtspunkte erfährt die Klage der sozialistischen Schulreformer über das Nichtvorwärtskommen ihrer Ideale eine besondere Beleuchtung. Die Gedanken der extremen Schulreformer sind psychologisch falsch eingestellt. Sie übersehen, daß in der Jugend der Sinn für das Heldentum unausrottbar ist, und die Gedanken weltverbrüdernder Ideale mit der Einebnung aller volklichen Unterschiede unfruchtbar bleiben. Die deutsche Jugend wird, solange unser Volk nicht gänzlich entartet ist, den Taten der Männer von Hermann dem Befreier bis zu Hindenburg, noch immer eher ihr begeistertes Herz öffnen, als den Verfechtern der Dulder-mission eines waffenlosen Volkes.

Noch in einem anderen Punkte irren die Schulreformer: Sie erwarten den Fortschritt von der Masse und fordern die Unterstützung des Proletariats. Hierin liegt ihre eigentliche Gefahr. Sie berauschen die Menge mit Schlagworten und bewirken, daß die Blüten am Baum des pädagogischen Fortschritts in der Gluthitze der parteipolitischen überspannten Atmosphäre verdorren anstatt zur Reife zu gelangen. Wie eine Offenbarung wirkt für manche Kreise der Gedanke der Lockerung des Unterrichts. Vielleicht ist der Hinweis darauf willkommen, daß schon im Jahre 1747 der große Alte Fritz ähnlicher durchdacht hat. Er begünstigte die Berliner Realschule, riet Wahlfreiheit der Lehrfächer an und erstrebte die Entwicklung der Realschule zur Einheitsschule, ein Beginnen, das trotz aller königlichen Machtfülle ebenso an der Unzulänglichkeit der menschlichen Natur scheitern mußte, wie ähnliche Versuche der Gegenwart. Wir wissen, daß der Freiherr von Zedlitz der Träger der so modern anmutenden Gedanken der Fritzschen Zeit ist. Sein Ziel war die Ausbildung der Geisteskraft und Erziehung zu sittlich gefestigten Grundsätzen, ein Ziel, das noch heute nach hundertfünfzig Jahren nichts von seiner Bedeutung verloren hat. Die Vereinheitlichung des Schulwesens an Stelle der bis dahin üblichen Einschulung auf Berufsarten, die Festsetzung eines als verbindlich durchdachten Lehrplanes für die Gelehrtenschulen oder Gymnasien, die Einführung der Reifeprüfung als Vorbedingung zum Universitätsstudium, die Errichtung des Oberschulkollegiums und die Verbesserung der pädagogischen Fähigkeiten der Philologen durch Einführung des Seminarbetriebes sind das Werk des einen großen Zedlitz, an das Humboldt und Süvern später nur anknüpfen brauchten und über das auch die Gegenwart nicht wesentlich hinausgewachsen ist.

Es ist das ein Beweis dafür, daß gute Gedanken, auch wenn seitdem Jahrzehnte und Jahrzehnte verrauscht sind, lebenskräftig bleiben. Zu dem guten Alten gehört, was die Schule betrifft, die Wahrung der Höhe unseres Bildungsstandes. Es soll hier nicht die Frage angeschnitten werden, inwieweit die einzelnen Gattungen unserer höheren Schulen geeignet sind, die Erreichung eines gewissen Bildungsstandes zu gewährleisten. Man wird der Tatsache des Neben- und Miteinander von gelehrten und praktischen Berufen stets Rechnung tragen müssen. Wohl aber wird man ernstlich prüfen müssen, unter welchen Gesichtspunkten die jetzt stärker betonte Gabelung des Unterrichts in den oberen Klassen nach der Begabung der Schüler eingeführt werden darf. Sie wird großen Nutzen bringen können, wenn die Arbeitsfreudigkeit und die wissenschaftliche Förderung gehoben wird, sie würde aber gegenüber der gegenwärtigen Praxis eine schwere Schädigung unserer Jugend bedeuten, wenn die Gabelung gleichbedeutend wäre mit dem Nachlaß an Anforderungen an die Schule, die unser hohes Bildungsziel unbedingt fordern muß. Im Zusammenhang mit der zukünftigen Gestaltung des Unterrichts in den oberen Klassen steht die Frage der Dauer der Grundschule in ihrer Rückwirkung auf die Klassenzahl der höheren Schulen. Wird — und es ist wahrscheinlich — die vierjährige Grundschule eingeführt, so ergäbe sich unter Hinzurechnung von neun Jahren Besuchs der höheren Schule eine Gesamtschuldauer von 13 Jahren. Das ist bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen ausgeschlossen. Die Folge wird also der Abbau einer Klasse der höheren Schulen sein und zwar nicht etwa der untersten, wie es den Anschein haben könnte, sondern in Wirklichkeit der obersten. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei den Bildungsanstalten für die weibliche Jugend, die unter Umständen aus siebenklassigen zu sechsklassigen Schulen herabgedrückt werden könnten. Welchen Schaden das stiften müßte, liegt für jeden Eingeweihten auf der Hand. Man hat deshalb in dem sogenannten Förderklassen gerettet. Die Gefahr, daß sich geistig gut befähigte Kinder im vierten Grundschuljahr langweilen könnten, ist unleugbar. Sie ließe sich nur vermeiden, wenn man sich entschlösse, die sogenannte Förderklasse in das dritte Schuljahr zu legen. Solche Förderklassen haben sich z. B. in Berlin-Wilmersdorf und in Berlin-Zehlendorf seit Jahren bewährt. Sie anderswo einzurichten, scheitert leider an der durch das Grundschulgesetz drohenden Auflösung im nächsten Jahre. Von diesem Gesichtspunkte aus sei auch der Hinweis gestattet, daß die bereits erfolgte Aufhebung der Vorschulklassen nach der Revolution kein sehr kluger Schritt war. Man verschlug eine Einrichtung, ohne einen Ausweg zu haben. Die Folge des Zwanges, die Kinder vier Jahre in die Gemeindeschule zu senden, hat eine sehr bedenkliche Folge für unser Gesamtschulwesen gehabt: Während früher fast alle Kinder in öffentlichen oder den öffentlichen Schulen fast gleichwertigen Privatschulen unterrichtet wurden, läßt sich jetzt ein starkes Umsichgreifen der Privatzirkel beobachten. Ob dadurch die Anlage zur Betonung der Volksgemeinschaft gefördert wird, ist mehr als zweifelhaft. Man hätte die Vorschulen zunächst noch bestehen lassen, ihnen aber durch Schulgeldfreiheit den Schein als Schule der wirtschaftlich Bevorzugten nehmen sollen. Für die Kreise der minderbemittelten breiteren Volksschichten wäre damit durchaus die Möglichkeit gegeben gewesen, ihre Kinder für die höheren Schulen vorbereiten zu lassen. Es scheint, als gehe man in den Kreisen der Verfechter der Gemeinschaftsschule an der Tatsache vorüber, daß die Erfahrungen in den Versuchsschulen, Landerziehungsheimen und ähnlichen Schularten nur relativen Wert haben. Für die Großstädte werden sich die Grundbedingungen für derartige auf die Individualität von Lehrer und Schüler aufgebaute Schulen kaum schaffen lassen.

Man sehe jedenfalls den Tatsachen, wie sie sind, ins Auge und verliere sich dabei nicht in übertriebenen Versprechungen, die vielleicht des psychologischen Interesses nicht entbehren, für die Gesamtheit unseres Volkes jedoch ohne Nutzen sind. Man tue vor allem den Schritt, der allein ein Vorwärtskommen verbürgen kann, und löse die Frage der Gestaltung unseres Schulwesens von politischen Schlagwörtern los. Die Schulreform ist eine pädagogische Frage und kein Sache, die einseitig politisch entschieden werden kann.

Die Frauenschule.

Von der Oberin Fräulein Ehrich.

Die Osterzeit bringt mit der Schulentlassung den Eltern manche Sorge für die Berufswahl ihrer Kinder — oder für deren zweckmäßigste Weiterbildung zur Ertüchtigung für das Leben, in das die jungen Menschen nach vollendeter Schulzeit den ersten Schritt tun. In unserer Zeit wird diese Frage besonders schwierig für die Mädchen. In vielen Familien müssen die Töchter der Mutter bei den immer drückender werdenden Lasten der Hauswirtschaft Hilfe leisten, in anderen sollen die Mädchen möglichst schnell verdienen, um die Kosten z. T. selbst für das Studium der Brüder oder überhaupt für den Unterhalt der Familie mit zu decken.

Diese Lage ist für unser heranwachsendes weibliches Geschlecht bedenklich, denn die Mädchen werden dem Interesse der Familie wieder aufgeopfert, wie es vor zwei Jahrzehnten mit der sogenannten „Haustochter" oder „Familientante" geschah, — die überall aushalf und am Ende kümmerlich ihr Dasein fristen mußte; sie konnte nicht selbständig sein, weil sie „nichts gelernt" hatte.

Der Krieg und die wirtschaftliche Not hatten in diese Zustände eine erfreuliche Besserung gebracht — die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten drohen nun wieder alles zu vernichten, was an Einsicht auf diesem Gebiete gewonnen war.

Es liegt mir daher am Herzen, den Eltern die schwere Entsagungspflicht für das Wohl ihrer Kinder — auch ihrer Töchter — erneut bewußt zu machen. Auch die Mädchen müssen einen Beruf wählen, der sie im Notfall selbständig machen kann. Wegen des immer stärkeren Unterangebots an Stellensuchenden beiderlei Geschlechts ist bestmöglichste Ausbildung für jeden Beruf dringend notwendig. Dazu kommt, daß den Mädchen hauptsächlich nahegelegt werden muß, namentlich die weiblichen Berufe bei ihrer Wahl zu bevorzugen, also alle erziehlichen, wirtschaftlichen und pflegerischen Berufe, dazu die Handfertigkeitsberufe auf dem Gebiete des Schneiderns, Weißnähens und Putzes.

Vor allen Dingen aber muß es Aufgabe der Frauenbildung sein, die jungen Mädchen für ihren ureigensten, naturgemäßen Beruf vorzubilden, den der Hausfrau und Mutter. Erst unsre Zeit beginnt langsam einzusehen, daß wir von einem Hausfrauen- und Mutterberuf sprechen müssen, und daß dieser Beruf an Schwierigkeit, Verantwortung und Anforderung den mannigfaltigen öffentlichen Berufen nicht nachsteht, sehen jetzt auch sehr weite Kreise der Männer ein.

Damit ist aber als selbstverständlich gegeben, daß die Frau für diesen schwierigen Beruf einer sorgfältigen Vorbildung bedarf, die über die zufälligen häuslichen Vorbereitung auf andere Berufe nicht vernachlässigt werden darf.

Diese Forderung ist aus Frauenkreisen immer wieder erhoben worden, gerade mit Rücksicht auf die große Bedeutung des Hausfrauenberufes für das Staatsganze und hat vor etwa 15 Jahren zur Gründung der Frauenschulen geführt, die einen Teil dieser Aufgaben erfüllen sollen. Die Frauenschule wird zudem fortgesetzt verbessert, gerade mit Hinblick auf die notwendigsten Erfordernisse des Hausfrauen- und Mutterberufes. Sie bietet also Neues gegenüber der vorwiegenden Lernschule, die die allgemeine Bildung des Mädchens bis zum 14. und 16. Jahr übernimmt. Die Frauenschule ist wirklich eine Arbeitsschule im besten Sinne. Sie bezweckt die Einführung in die pflegerische und erziehliche Aufgabe der Mutter durch praktische und theoretische Anleitung in der Pflege, Behandlung und Beschäftigung des Säuglings und des Kleinkindes. Dazu werden in zwei Wochenstunden wesentliche psychologische und pädagogische Fragen, wie sie aus der Erfahrung und Beschäftigung mit den Kindern im Säuglingsheim und Kindergarten erwachsen, behandelt und unter allgemeine Gesichtspunkte gestellt.

Praktische Unterweisungen in Krankenpflege und theoretischer Unterricht in Gesundheitslehre sollen befähigen, wichtige Vorbeugungsmittel anzuwenden und erste Hilfe selbständig zu leisten, sowie durch gewissenhafte Beobachtungen und Pflege ausbrechender Krankheiten erfolgreich zu begegnen.

Nadelarbeit unterweist in den wichtigsten Flick- und Stopfarbeiten für den Hausbedarf und in der Anfertigung von Kleidungsstücken und Wäsche für das Kleinkind.

Durch Zeichnen und Kunstbetrachtung soll der Sinn für Schönheit und Behagen im Heim geweckt und zugleich Anleitung gegeben werden zu einfacher, aber künstlerisch wertvoller Ausschmückung von Kleidung und Wohnung.

Die hauswirtschaftlichen Fähigkeiten werden in praktischer und theoretischer Unterweisung in Kochen, Haus- und Gartenarbeit ausgebildet. Dazu kommt hauswirtschaftliches Rechnen und Buchführen, Haushaltungskunde und Ernährungslehre, um gleichzeitig die weltwirtschaftliche Verantwortung der Hausfrau praktisch bewußt zu machen. Diese Unterweisungen werden gestützt durch Unterricht in Bürgerkunde und Volkswirtschaftslehre.

Deutsch und Ethik setzen sich zur Aufgabe: „Das Beste und Tiefste, das der Heranbildung starker, sittlicher Persönlichkeiten dient", zu behandeln und so die Reife des inneren Menschen in ihrem Sinne zu fördern.

Wie stark die persönliche Entwicklung der jungen Mädchen durch die Verbindung von praktischer Arbeit auf ihrem eigensten Lebensgebiet und der entspr wissenschaftlich gestützten Anleitung hierzu, durch Aussprachen und Anweisungen in sittliche Weltanschauungsfragen fortschreitet, wie sehr Selbstgefühl und die Selbstverantwortung n kann jeder Lehrer beobachten, der längere Zeit Frauenschule steht. — Dadurch erweist sich das Fr schuljahr als ungemein wertvoll für die Erwe von Fähigkeiten und Fertigkeiten und für die V Verselbständigung des jungen Menschen und ge leistet auch für andere Berufe, für die eine V dung häufig erst mit dem 18. Lebensjahre be (Pflegerinnenberufe z. B.) die beste Vorbedin Gerade selbständige, ihrer Verantwortung v wußte Menschen tun uns überall not!

Darum kann der Besuch der Frauenschule heranwachsenden Mädchen nur dringend empf werden, zumal es als besonders wichtig erscheint jungen Mädchen in der Zeit besonders starker tuaglichkeit und rascher Entwicklung in der G schäft in und mit dem Elternhause zu erhalten.

Ist Vorsagen schlimm?

Samstag-Abend! — Das Haus rein, die K der gebadet und zu Bett, — ich greife aufatmend Zeitung, die, von der großen Lampe beschienen, verlockend in die Augen leuchtet.

Aber da fällt mir ein: Ingas Schulkleid hat einen Riß! — Doch lieber den erst flicken. Seufzend stehe ich wieder auf: ich schleiche durch das Schlafzimmer meiner drei schnarchenden Buben und will die Tür zu der angrenzenden Stube, in der Inga schläft, öffnen — da höre ich unterdrücktes Schluchzen einen Augenblick nur, dann ist alles still.

Ich zünde Licht an; und während ich nach dem zerrissenen Kleide suche, schiele ich zu Inga hin. Sie rührt sich nicht. Die Bettdecke hat sie so fest über den Kopf gezogen, daß von der kleinen Person ein paar Locken zu sehen sind.

„Inga, mein Liebling, fehlt dir etwas?"

Keine Antwort. Nur erneutes Aufschluchzen unter der Decke. „Bist du krank, Inga? — Wo tut dir weh? — Komm, sag's doch!"

Langsam kommt ein kleines, tränenüberströmtes [illegible] Weise noch weint sie. Ich lasse sie gewähren. —

Viele nennen sie verschlossen, gefühllos, verstehen meine kleine, gute Inga; ich aber weiß, daß sie nicht von alledem ist. Ihr fehlt nur die Gabe, das auszusprechen, was ihr kleines Herz am tiefsten bewegt. Gerade sie hat viel Gemüt und oft reife, ernste Gedanken für ihre acht Jahre.

Nun endlich hat sie sich soweit beruhigt, daß sie sprechen kann. „Mama, — nun sag du es mir: Vorsagen schlimm?"

Noch ehe ich eine Antwort finde, fährt sie von Zeit zu Zeit leise aufschluchzend, fort: „Fräulein Beere hat gesagt: Vorsagen ist betrügen. Und weil ich Dieters vorgesagt habe, meint sie, ich wäre —

Ein neuer Tränenstrom erstickt fast ihre Stimme — „— eine Betrügerin." —

„Ja, Inga, das ist allerdings schlimm. Warum sagst du Else denn vor? Du weißt doch, daß man das nicht darf!" — Eine kleine Pause. — Dann meint Inga plötzlich entschlossen, indem sie ihre Tränen energisch trocknet: „Man darf vieles nicht, und man tut es doch tun!"

„Wieso?" — „Man darf nicht mit seinen guten Kleidern ins Wasser springen. Wenn aber ein kleines Kind hineingefallen ist, muß man es doch tun. Man muß das arme Kind doch retten."

„So, und du meinst, du müßtest Else Diktate vorsagen?" — „Ja, sie weiß nie etwas; sie ist so dumm. Wenn ich ihr nicht vorsage, bleibt sie in der Klasse sitzen. Und dann bekommt sie zu Hause Schläge."

Ich rede Inga gut zu, jetzt endlich zu schlafen; weder an Fräulein Beere noch an das Vorsagen will sie denken. Ein andermal sprächen wir weiter darüber. — Es gelingt mir auch wirklich, das Kind zu beruhigen. Und als ich mit ihrem Kleide über den Arm das Zimmer verlasse, schläft sie schon ruhig und fest.

Ich bin mir vollkommen bewußt, daß ich die Frage nen keine Antwort auf ihre Frage gegeben und ihrem Kummer nur oberflächlich abgefertigt habe. Aber — ich wußte keine Antwort. Während ich ruhig die Nadel durch den Stoff fliegt, summt es mir in den Ohren wieder und wieder: „Ist Vorsagen schlimm?"

Schließlich frage ich meinen Mann, obgleich ich weiß, daß er beim Zeitunglesen nicht gestört sein will. Er guckt über seine Zeitung hinweg zu mir hin: „Inga hat ihrer Nachbarin vorgesagt? Famos! Das hab ich ihr gar nicht zugetraut. Aber das freut mich! Es gehört zum Vorsagen gehört Mut, Intelligenz, ein guter Charakter und Nächstenliebe. Die schlechten Kerle treten nicht vor, die lassen den Kameraden lieber reinfallen und wollen selber glänzen. — Also Inga hat vorgesagt? Das freut mich aufrichtig!"

Wer hat nun recht?

Die glückliche Geburt eines prächtigen

Friederike Dorothea

Mädchens

zeigen hocherfreut an

Hans Retzmann und Frau
Else geb. Löbbert

Castrop, den 17. Februar 1922. 852

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem barmherzigen Ratschlusse gefallen, unsern lieben Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel, den

Landwirt Hermann Teves

Kombattant des Feldzuges 1870/71

nach kurzer, schwerer Krankheit infolge Lungenentzündung, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 74 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen. 846

Um ein frommes Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bövinghausen, Merklinde und Castrop, den 17. Februar 1922.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 21. Februar, nachmittags 3¼ Uhr vom Sterbehause, Ringstraße 39, aus statt. Das feierliche Seelenamt ist Mittwoch morgen 7½ Uhr in der Filialkirche zu Merklinde.

---

141 Paar Schuhe

wurden aus einer Dose Nigrin blitzblank geputzt.

Verlanget beim Händler kostenlos Werbebogen zum großen Propaganda-Werbe-Ausschreiben für **Schuhputz Nigrin** und **Seifenpulver Schneekönig** mit etwa **Mk. 200 000.- Preisen und Prämien.** Schluß der Bewerbung 31. März 1922.

Trifit

Zahnbürsten Mundwasser

Beste Zahnpasta

Zu haben: 8312
in Castrop: Schwanen-Drogerie Ald. Appelhans,
Recklinghausen: Stein-Drogerie Rud. Kallenbach
und in allen einschlägigen Geschäften.

Allen denen, welche an

Lungenschwindsucht Tuberkulose

leiden, kann Odermeyer's Medizinal- **Lungen-Trifit** auf's beste empfohlen werden. F. Deining. Zur Nachbehandlung ist **Herba-Creme** besonders zu empfehl. Zu hab. in a. Apoth., Droger. u. Parfum.

u.a. in d. Adler-Drogerie Heinz Köster zu Castrop i. W.

Behandlung

von veralteten chronischen und frischen Krankheiten aller Art wie: Harn-, Haut- und Blasenleiden, Magen-, Herz-, Lungen-, Leber-, Milz- u. Nieren-Krankheiten, Rheumatismus, Gallen- und Nervenleiden, Krätze, Beinleiden, Frauenkrankheiten. Operationslose Methode.

Chem.-mikrosk. Harn-Untersuchung (Morgenurin mitbringen). 184

Homöopathie, Jugendiagnose und Kräuter-Kuren.

Heilinstitut Frau B. Keller,
Habinghorst, Kronprinzenstr. 89, 1. Etage.
Sprechstunden: Montags bis Freitags von 10—4 Uhr.

Verein für Rasensport Rauxel

Westdeutscher Spielverband E. V.

Sonntag, den 19. Februar 1922
auf dem Sportplatz Rauxel Alleestr.

Gesellschafts-Spiel

Germania Datteln — **Rasensport**
1. Mannschaft. 1. Mannschaft.

Anstoß 2¾ Uhr.

Vorher Spiel der unteren Mannschaften. 854

Dr. Thompson's Seifenpulver

gibt blendend weiße Wäsche

Achten Sie beim Einkauf auf die Schutzmarke Schwan!

Gestern vormittag um 1 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, die gute Mutter ihres einzigen Sohnes, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante, die wohlachtbare

Ehefrau

Bertha Fischer

geb. Barthel

im Alter von 47 Jahren.

Namens der trauernden Angehörigen

August Fischer und Sohn Arthur.

Rauxel-Schwerin, Bottrop, Schlesien, Dresden u. Schweiz, d. 17. Febr. 1922.

Die Beerdigung findet am Donnerstag vormittag 2.30 Uhr vom katholischen Krankenhause aus statt. 860

Geschäfts-Eröffnung!

Mache hiermit den verehrlichen Bewohnern von Castrop und Umgegend die ergebene Anzeige daß ich im Hause **Ringstr. 13,** ein

Herren-Massgeschäft

eröffnet habe und verspreche prompte Bedienung zu angemessenen Preisen. Zugleich weise ich auf mein reichhaltiges Lager in Ia. Stoffen hin und bitte um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Bernhard Gremm,
Rauxel 867 Ringstrasse 13.

Kaufhaus Wehling
Herne.

Die bekannt gute Einkaufsquelle.

Einzelmöbel

Bettstellen, Matratzen, Kleiderschränke Waschkommoden, Tische Stühle Vertikows, Nachtkonsolen, Spiegel, Eimer- u. Küchenschränke

auf bequeme Teilzahlung

liefert

Möbelhaus TOLCZINER, Castrop,
Telefon 485 Markt 3 865

Nachruf.

Ein sanfter Tod erlöste unseren lieben Kollegen

Aloys Baudisch

einem längeren tückischen Leiden.

Wir werden seiner stets in Ehren denken.

Gewidmet von seinen
Kollegen der „Castroper Zeitung".

Lehrling oder Lehrmädchen

mit guter Schulbildung für Eisen- und Haushaltungswarengeschäft gesucht. 862

Johann Schumann, Rauxel
Viktorstraße 5.

Zu Ostern zwei kräftige

Lehrmädchen

gesucht. 851

W. Hoß, Kolonialwarenhlg.
Habinghorst,
Kronprinzenstraße 40.

Zum 15. März tüchtiges

Hausmädchen

gesucht. 858

Habinghorst, Kaiserstr. 85.

Zum baldigen Eintritt für kleinen landwirtschaftl. Haushalt braves, tüchtiges

Mädchen

sowie 14—15 jähriger

Junge

gesucht. Lohn nach Uebereinkunft 857

Tönnishoff,
Behringhauserstraße 14.

Lehrling

achtbarer Familie zum April gesucht. 866

Holzhandlung,
Castrop.

Morgen-Mädchen

zum sofortigen Eintritt gesucht. **Frau Wwe. Köhler,**
Rauxel-Dorf. 839

Die **Carotte** ‹Möhre›

Kahls dunkelrote **Original** ist zuckersüß, mit den ersten Erbsen verbrauchsfertig, es kostet das Paket Samen **nur 2 Mk.**

Diese **Züchtung** sowie viele andere hervorragende **Neuzüchtungen** und **Spezialitäten** finden Sie in meiner reichillustrierten Preisliste. Die Liste enthält außer einem **Gartenbaukalender** viele **fachmännische Kulturanleitungen** und ist so ein wertvolles Nachschlagebuch. Die Liste wird Ihnen auf eine Drucksachenkarte (Porto 40 Pf.), auf der Sie nur Name und Straße schreiben wollen **kostenlos** zugesandt. Schreiben Sie sofort. 753

Samenhaus L. C. Kahl, Frankfurt am Main,
Versandabteilung Schwedlerstr. 5

Riesen-Auswahl finden Sie noch bei uns in

eleganten Herren- und Burschen-**Anzügen**

Konfirmanden- u. Kommunikanten-**Anzügen**

hochmodern in allen Größen und Fassons in modernem Homespune, eleganten Karos und Streifen, blauem Twill und Melton.

Große Auswahl in **Uebergangs-Schlüpfern u. Covercoats, Bozener- u. Gummimänteln, Cutaways u. Westen**

zu enorm billigen Preisen.

Herren-Bekleidungshaus „Schauburg" Brückstr. 66 I. Etg.

G. m. b. H.

Spezial-Abteilung: Verleih-Institut für Fracks, Smokings- und Gehrock-Anzüge. 858

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet durch Boten frei ins Haus gebracht Monatlich 27.00 Mk.

Ortssatzung

betr. die Erhebung von Schulbeiträgen für die Berufsschule in Castrop.

Auf Grund des § 16 des Gewerbe- und Handelslehrerdiensteinkommensgesetzes vom 10. Juni 1921 (G. S. S. 421) wird unter Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung für den Gemeindebezirk Castrop nachstehendes bestimmt:

§ 1.

Die Arbeitgeber der zum Besuch der Berufsschule (Pflichtfortbildungsschule) verpflichteten Schüler und Schülerinnen und sämtliche Gewerbebetriebe, die in der Regel mindestens 5 Arbeiter beschäftigen, haben zur Deckung der Schulunterhaltungskosten Schulbeiträge zu zahlen.

§ 2.

Die Schulbeiträge, die für jeden schulpflichtigen Schüler und jede schulpflichtige Schülerin zu zahlen sind, werden wie folgt festgesetzt:

a) für Gewerbetreibende, die gewerbesteuerfrei oder nach Gewerbesteuerklasse IV veranlagt sind, auf 30 Mk.

b) für Gewerbetreibende der Gewerbesteuerklasse III auf 50 Mk.

c) für Gewerbetreibende der Gewerbesteuerklasse II auf 70 Mk.

d) für Gewerbetreibende der Gewerbesteuerklasse I auf 90 Mk.

Maßgebend ist die Veranlagung zur Gewerbesteuer für das vorangegangene Steuerjahr.

§ 3.

Gewerbebetriebe, die in der Regel mindestens 5 Arbeiter beschäftigen, haben für jedes angefangene Zehnt der Arbeiter den Schulbeitrag für einen Berufsschüler zu entrichten, wenn die Zahl der beschäftigten Jugendlichen unter 18 Jahren weniger als 10 v. H. der Arbeiter beträgt. Eine Beitragserhebung nach § 2 erfolgt in diesem Falle nicht.

§ 4.

Gewerbebetriebe, die für ihre jugendlichen Arbeiter eigene staatlich anerkannte Werkschulen eingerichtet haben, haben die Schulbeiträge nach § 3 nur insoweit zu entrichten, als die Zahl der die Werkschule besuchenden Jugendlichen unter 10 v. H. der beschäftigten Arbeiter bleibt.

§ 5.

Die Veranlagung der Schulbeiträge nach § 2 erfolgt jährlich beginnend mit dem 1. April. Die Veranlagung von Zugängen erfolgt jeweils für ein halbes Jahr. Abgänge werden erst nach Ablauf des Halbjahres berücksichtigt.

Veranlagungsmaßstab ist die Durchschnittszahl der Jugendlichen, die in dem dem Veranlagungsjahre vorangegangenen Jahre schulpflichtig waren. Die Durchschnittszahl wird ermittelt, indem die Summe der am 1. Juli und am 1. Januar vorhandenen Schulpflichtigen durch 2 geteilt wird.

Bei der Veranlagung solcher Gewerbetreibenden, die erst während des Veranlagungsjahres hinzukommen, wird die Zahl der Schulpflichtigen zu Grunde gelegt, die an dem auf die Betriebseröffnung folgenden Monatsersten tatsächlich vorhanden waren.

§ 6.

Die Veranlagung der Schulbeiträge nach § 3 erfolgt jährlich, beginnend mit dem ersten April.

Die der Beitragserhebung zu Grunde zu legende Arbeiterzahl wird berechnet, indem die Gesamtzahl der Arbeitstage, die von den Arbeitern des Betriebes in dem dem Veranlagungszeitraum vorangegangenen Rechnungsjahre geleistet wurden, durch 300 geteilt wird. Bei den gegen Gehalt oder Vergütung beschäftigten Personen entspricht ein Jahr 300 Arbeitstagen. Besteht der Betrieb noch kein volles Jahr, so wird die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitstage durch die Zahl der in die Betriebszeit fallenden Arbeitstage geteilt.

Als Arbeiter im Sinne dieser Bestimmungen gelten alle in einem Gewerbebetriebe beschäftigten, der Reichsversicherungsordnung unterliegenden Personen (Arbeiter und Angestellte). Mitzueingerechnet werden auch solche von hiesigen Betrieben beschäftigte Personen, die zu auswärtigen Arbeiten, Montage usw. zeitweise von der Arbeitsstätte im Gemeindebezirk Castrop entfernt sind, es sei denn, daß diese Arbeiter an keinem Tage des für die Veranlagung maßgebenden Zeitraumes im Gemeindebezirk Castrop gearbeitet haben.

§ 7.

Die Schulbeiträge sind halbjährlich am 1. Juli und am 1. Januar fällig und an die Berufsklasse zu zahlen.

§ 8.

Die Schulbeiträge sind Kommunalabgaben im Sinne des Gesetzes vom 14. Juli 1893 (G. S. S. 153). Das Rechtsmittelverfahren regelt sich nach §§ 69 und 70, die Bestrafung unrichtiger Angaben der Beitragspflichtigen nach § 79 dieses Gesetzes. Durch Einspruch und Klage wird die Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge nicht aufgehalten.

§ 9.

Die Schulbeitragspflichtigen oder deren gesetzliche Vertreter sind verpflichtet, auf eine von der zuständigen Behörde an sie gerichtete Aufforderung über bestimmte Tatsachen, die auf die Berechnung der Schulbeiträge von Einfluß sind, innerhalb einer ihnen gestellten Frist schriftlich oder mündlich Auskunft zu erteilen.

§ 10.

Wer eine nach dieser Satzung ihm obliegende Auskunft nicht oder nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt, wird, sofern nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit einer Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.

§ 11.

Die an dem Unterricht freiwillig teilnehmenden Schüler und Schülerinnen haben ein Schulgeld von 5 Mk. für jede Halbjahrswochenstunde zu entrichten, sofern sie im Bezirk der Gemeinde Castrop, und von 6 Mk., sofern sie außerhalb dieses Bezirks wohnen.

Das Schulgeld ist zu Beginn des Schulhalbjahres an die Berufsschulkasse zu zahlen.

§ 12.

Die Bestimmungen dieser Ortssatzung treten rückwirkend vom 1. Januar 1921 an die Stelle der Bestimmungen im § 3 und 4 des Ortsstatutes vom 8. März 1904 und des III. Nachtrages vom 20. August 1920. Die nach diesem Ortsstatut für die Zeit seit dem 1. Januar 1921 bereits entrichteten Schulbeiträge werden auf die nach dieser Satzung zu entrichtenden Schulbeiträge angerechnet.

Castrop, den 12. November 1921.

Der Magistrat.
Wynen.

Genehmigt!

Arnsberg, den 14. Januar 1922.

Namens des Bezirksausschusses, Abt. I.
Der Vorsitzende: J. V. gez.: Unterschrift.

B. A. J. C. IV, 3/22.

Veröffentlicht!

Castrop, den 13. Februar 1922.

2244. Der Magistrat.

Anordnung.

§ 1 meiner Anordnung vom 9. Februar 1920 erhält unter Aufhebung meiner weiteren Anordnung vom 23. März 1921 folgende Fassung:

Auf Grund des § 1 der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919 (R. G. Bl. S. 1371 ff.) werden unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und des Ertragswertes der Grundstücke nach Anhörung von Sachverständigen für die Verpachtung von Land zum Zwecke nicht gewerbsmäßiger gärtnerischer Nutzung folgende Höchstpreise für den Sechziger festgesetzt:

a) bei mindrewertigem Boden 25 Mk.
b) bei Ackerboden (Acker, Weide usw.) 50 Mk.
c) bei bereits zu Gartenkultur benutztem Boden 80 Mk.

Diese Anordnung gilt nur für die Kleingärten, unter denen Grundstücke zu verstehen sind, die zur Aufzucht des Hausbedarfs an Gemüse, Obst, Blumen (Spatenkulturen) in selbst gewählten Fruchtwechsel vom Pächter oder seiner Familie persönlich bewirtschaftet werden.

Die Verpachtung eines Grundstücks — gedüngten oder ungedüngten — lediglich zur Anpflanzung von Kartoffeln fällt nicht unter diese Anordnung.

Die Anordnung tritt sofort in Kraft.

Dortmund, den 25. Januar 1922.

280. 2245. Der Landrat:
gez. Bitter, Reg.-Ass.

Veröffentlicht!

Castrop und Rauxel, den 14. Februar 1922.

Der Magistrat: Wynen. Der Amtmann: Schulze.

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921.

Auf Grund dieser öffentlichen Aufforderung sind zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet:

1.) alle im Finanzamtsbezirke wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbstständig steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder nicht Deutsche);

2.) sämtliche Personen, die ohne im Deutschen Reiche zu wohnen oder sich aufzuhalten, in dem Finanzamtsbezirke Grundbesitz haben oder ein Gewerbe oder eine Erwerbstätigkeit ausüben oder Bezüge aus öffentlichen, innerhalb des Finanzamtsbezirkes gelegenen Kassen mit Rücksicht auf frühere oder gegenwärtige dienstliche oder Berufstätigkeit erhalten,

soweit die vorstehend Genannten nicht bei einem andern Finanzamt eine Steuererklärung abgeben und soweit die im Kalenderjahre 1921 oder in dem während dieses Kalenderjahres endenden Wirtschaftsjahr ein Einkommen von mehr als 10 000 Mk. bezogen haben. Lohn- und Gehaltsempfänger, die dem Steuerabzug unterlegen haben, brauchen die Steuererklärung nur bei einem Einkommen von über 24 000 Mk. abzugeben.

In der Steuererklärung ist dem Einkommen des Ehemanns das Einkommen seiner Ehefrau — sofern die Ehegatten nicht dauernd getrennt leben — und das Einkommen seiner zu seiner Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder (mit Ausnahme jedoch des Arbeitseinkommens der Kinder) zuzurechnen.

Ist ein Einkommen auf Grund besonderer Buch- oder Geschäftsabschlüsse oder auf Grund von Bilanzen ermittelt, so sind Abschriften dieser Buch- oder Geschäftsabschlüsse oder Bilanzen der Steuererklärung beizufügen.

Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden ergebenst aufgefordert die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks

in der Zeit vom 15. Februar bis 31. März 1922 einschl.

bei dem oben bezeichneten Finanzamt einzureichen. Den Erklärungspflichtigen werden die Vordrucke im Allgemeinen **bis 15. März 1922 zugehen. Wem ein Vordruck** nicht zugeht, ist verpflichtet, ihn sich selbst zu beschaffen. Vordrucke für die Steuererklärung können von dem unterzeichneten Finanzamt sowie von den Aemtern bezogen werden. Die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugesandt worden ist.

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs. Mündliche Erklärungen werden von dem oben bezeichneten Finanzamt von 9—12 Uhr vorm. zu Protokoll entgegengenommen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, wird mit Geldstrafe bis 500 Mk. zu der Abgabe der Steuererklärung angehalten; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden, unter Umständen tritt Schätzung des Einkommens ein.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines andern vorsätzlich bewirkt, daß die nach dem Einkommensteuergesetze zu entrichtende Einkommensteuer verkürzt wird, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe im fünf- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis und unter Umständen auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Bekanntmachung der Bestrafung auf Kosten des Verurteilten erkannt werden (§ 53 des Einkommensteuergesetzes und §§ 359 ff. der Reichsabgabenordnung). Wer fahrlässig als Steuerpflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt, daß die Einkommensteuer verkürzt wird, wird wegen Steuergefährdung mit einer Geldstrafe bestraft, die im Höchstbetrage halb so hoch ist wie die für die Steuerhinterziehung angedrohte Geldstrafe (§ 367 der Reichsabgabenordnung).

Dortmund, den 10. Februar 1922.

Finanzamt Dortmund-Land

843. Siemon, Regierungsrat.

Holzverkauf.

In dem Walde der Stadt Castrop sollen am Montag, den 20. Februar 1922, nachmittags 3 Uhr beginnend:

65 Eichenstämme mit 32 Festmeter von 18—45 Zentimeter Durchmesser,
1450 Eichenstangen erster und zweiter Klasse,
12 Buchenstämme zu Nutz- und Brennholz

an Ort und Stelle öffentlich meistbietend verkauft werden.

Versammlung der Käufer in der Wirtschaft Hugo an der Gaswerkstraße.

Der Verkauf erfolgt gegen Barzahlung. Die Entgegennahme des Geldes geschieht nach beendigtem Termine in der Wirtschaft Schlüter.

Castrop, den 14. Februar 1922.

277 Der Magistrat.

Wenn Sie billig und doch gut **Möbel** kaufen wollen

besichtigen Sie mein Lager in

Küchen gestrichen und natur lakiert

Schlafzimmer III teilig mit Spiegel schöne Modelle 864

Plüsch- und Ledersofas

Ia. Verarbeitung zu staunend billigen Preisen.

Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Möbelhaus R. BÄUML

Castrop, Viktoriastraße.

Lieferung und Lagerung frei.

Schirm-Reparaturen

jeder Art, werden sauber und gut in eigener Werkstätte schnellstens ausgeführt.

Auf eilige Reparaturen kann gewartet werden.

Ueberziehen sowie Neuanfertigung nach Wunsch.

Albert Langenbach, Herne

Schirmfabrik

Bahnhofstr. 44. Telefon 449.

Für Wiederverkäufer

empfehle: [84

Cigaretten

in großer Auswahl zu Original-Fabrikpreisen.

Rauch-Tabake

von Oldenkott, Rotmann, Cramer, Raulino usw. zu Fabrikpreisen.

Kautabak

von G. A. Hanewacker (soweit Vorrat reicht) zu Fabrikpreisen.

Kleinverkauf Mk. 4.— per Rolle

F. Schnettelker

Castrop, Münsterstrasse 19.

Kurbel- und Handstickerei, Feston, Loch- und Plattstichstickerei

mit der Maschine 3957

Plissee in verschiedenen Arten

Hohlsaum, Stoffknöpfe, Aufzeichnen v. Stickereien, Schnellste u. sauberste Anfertigung.

Schneiderinnen erhalten Rabatt.

Frau Frida Wittig, Herne

Tel. 648 Schulstrasse 40 (Neumarkt) Tel.

Billige Arbeitschuhe

aus englischen Heeresbeständen.

Bork & Söhne Schuhmacherwerkstätten,

DORTMUND

bekannt für stärkste Sohlen und gute Ausführung aller vorkommenden Reparaturen.

Rosenthal 3 (am Geflügelmarkt) Tel. 5094,
Rheinischestr. 93, Rheinischestr. 9 (Eingang Sedanstr., Erdgeschoß), Münsterstraße 57. 558

Frauen-Leiden

aller Art, werden diskret und sachgemäss, nach 18jähriger Erfahrung und nach Dr. Thure-Brandt behandelt, evtl. durch Dame. 6221

Entfettungskuren. Erfolg garantiert.

Kinderkrankheiten aller Art.

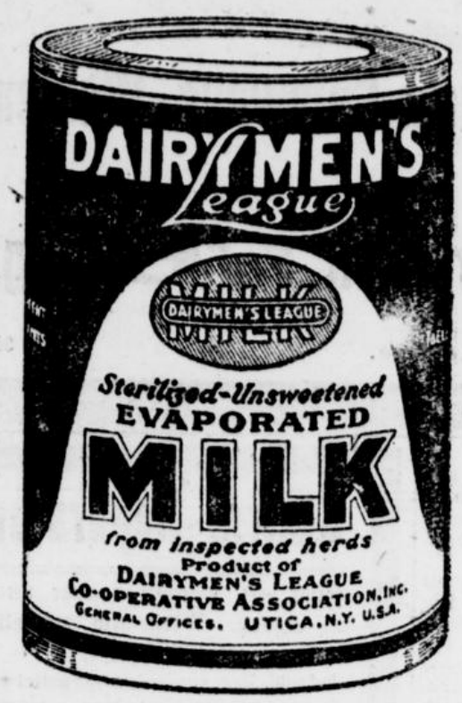
C. Jürgens, Herne, Vinckestr. 9. Sprechstunden v. 9-12 u. 2½-5 Uhr, Sonntags geschl.

Hiesiges industrielles Werk sucht für sofort oder bald

Fräulein

das die Schreibmaschine beherrscht und flott stenographiert. Bewerberinnen, die diese Bedingungen erfüllen können, wollen Angebote mit kurzem Lebenslauf richten unter Nr. 799 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Die grösste Milchlieferantin der Welt



die Dairymen's League Co.-Operative Association, Inc., New York

eine Vereinigung von 100000 Milchfarmern

hat ihre Fabrik-Niederlage der unterzeichneten Firma übertragen.

863

Jedes Quantum wird billigst und prompt geliefert.

Heinrich Hoppe / Bochum

Büro u. Lager: Trankgasse 7
Fernruf 809 :: Fernruf 809

Treff-Café Metropol

Täglich 49
Künstler-Konzert
Kapellmeister Pachnicke mit seinen Künstlern.
Sonntags: Frühkonzert.

Technikum Lemgo

Maschinenbau, Elektrotechn
Hoch- und Tiefbau,
Ziegeleifach. 4106
Neue Laboratorien.

Wer erteilt jungem Mann
Unterricht in Englisch.
Offerten unter Nr. 847 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Dortmund
nur
6 Königswall 6
1 Treppe, kein Laden.

Nach beendeter Saison
gewähre auf mein Restlager
Pelze
trotz billigster Preise
10% Rabatt
Nur kurze Zeit!
Pelzvertrieb
Dortmund
nur 170
6 Königswall 6
1 Treppe, kein Laden (gegenüber der Bahnpost am Burgtor.)

Reichsadler

(Th. Sinder).

Sonntag, den 19. Febr. findet in meinem Saale Große 855

Familien-Vorstellung

statt. (Grosse Tönnes Possen).
Morgens von 11—1 Uhr große Matinee.
Nachmittags von 4 Uhr fortwährend Vorstellung.
Th. Sinder.

Café Busch

(Inh.: E. Nockemann) 819

Sonntag den 19. Februar 1922:
Anfang 4 Uhr: **Ball** Anfang 4 Uhr.

Auf nach Schwerin

Gasthof „Glück Auf"

Sonntag, den 19. Februar 1922

Grosser Ball

Ia. Parkettboden

Es ladet freundlichst ein
861 **Hermann Rehrmann.**

Wer sich morgen amüsieren will,
der gehe nachmittags 4 Uhr zum

Ball

in die Wirtschaft 840
Köhler, Rauxel-Dorf.

Wo gehen wir Sonntag hin?

Der
Gesellschaftsklub „Heiterkeit", Castrop
feiert am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr
im Saale des Herrn Heinr. Haller (Markt) sein diesjähriges

Winterfest

bestehend aus
Konzert, Komik und Ball,
anschließend
Die Verlosung eines Bohnenkuchens.

N.B. Die Komik wird ausgeführt von der Komiker-Abteilung des Klubs.

Genußreiche Stunden versprechend ladet freundlich ein 817
Der Vorstand.

„ODEON" Variété-Palast

Brückstr. 39/41 DORTMUND Tel. 3047/4900
Einlaß 7 Uhr. Konzert-Beginn 7,30 Uhr.
Artistische Darbietungen: 7,45 Uhr.

Ab 16—28. Februar 1922: Neuer Spielplan.
15 neue Nohüfe erstklassiger Kunstkräfte!

2 Bersons Exentriks	**Les Zahnettis** Luft-Balance-Akt
Paul Wolff-Lindau Humorist mit neuen Schlagern	842
Paul Sandor Schulreiter auf seinem Trakehner „Attila"	**Bergs** dressierte Bärentruppe
Wegen großen Erfolges prolongieren die **8 Grigorys**	
3 Risellys humoristische Akrobaten	**4 Gordonettis** Trapezkünstler
Schellenberg Duett mit ihren Biedermeiergesängen und Tänzen	**5 Fahrlands** Die grosse Tanzattraktion

Karten sind täglich von 10—1 Uhr vorm. und ab 4 Uhr nachmittags an der Kasse zu haben. Telefonische Bestellungen 3047 und 4900

Die besten und billigsten
Futterartikel
für Pferde, Kühe und Schweine erhält man bei
H. Reckefuss, Mühle
am Schlachthof. — Telefon 128. 1

Krätzurgan 6812
befreit schnell Bettbautjuck., Ausschl., Krätze, Flecht., Erw. u. Kind. ohne Berufsstör. 1000000 bewährt. Dazu Blutreing.-Tee „Salus". Drog. Appelhans, Widumerstr. 28 Habingh. Westfalia-Drog. Kronpr.-Str. 58 Ickern: Drogerie Rohrer

---

Lungenleidenden
empfehlen wir unsern Original-Wörishofener Brust- und Lungentee. 2745
Allein echt: Wörishofener Naturheilwerke, Elberfeld.
Niederlage:
Adler-Drogerie Heinz Köster Castrop, Wittenerstr.

Café Rustemeyer

Telefon 323 Castrop Widumerstr. 5

Gemütliches Familien-Café.
Sonntags ab 4½ Uhr:
Unterhaltungsmusik.
— Eigene Conditorei —
8097

Wirtschaft Theodor Bresser
Obercastrop, Wilhelmstr. 48.

Sonntag, den 19. Februar
Großer Ball
Anfang 4 Uhr. 856

Decken Sie Ihren Bedarf in Möbeln sofort!

Aus früheren günstigen Abschlüssen bin ich in der Lage, äusserst preiswert anzubieten:

Küchen in neuesten Modellen und guter Verarbeitung
Schlafzimmer in jedem Holzanstrich und echt Eiche
Speisezimmer in echt Eiche und Nussbaum.
Einzelmöbel, Polsterwaren, Herde

Aufbewahrung kostenlos. — Lieferung überall hin

Möbelhaus Gustav Liffmann N., Herne

Bismarckstrasse, Ecke Strünkederstraße. Haltestelle der Höntrop-Gerther und Recklinghäuser Straßenbahn. 850